Die Landesstreiktage vom 11. bis 15. November 1918 in Wohlen : Gemeindeammann Traugott M. Bruggissers Vorschlag einer Wohlfahrtspartei und Theodor Fischbachs Polemik dagegen

Autor(en): **Wohler, Anton**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Unsere Heimat : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft Freiamt**

Band (Jahr): **70 (2002)**

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-1046284

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Anton Wohler

Die Landesstreiktage vom 11. bis 15. November 1918 in Wohlen, Gemeindeammann Traugott M. Bruggissers Vorschlag einer Wohlfahrtspartei und Theodor Fischbachs Polemik dagegen.

Überblick

I. Einführung Seite 7

Der Landesstreik 1918: eine kritische Phase in der Geschichte der Schweiz – Blickwinkel Wohlen – Gemeindeammann Traugott M. Bruggisser: die massgebende Autorität im Dorf – Der Landesstreik: die wichtigsten Daten

II. Die Streiktage vom 11. bis 15. November in Wohlen Seite 13

11. Nov.: Sitzung des Gemeinderates (GR), von 20.00 Uhr; Telegramm des Aargauischen Bauernverbandes betr. Versammlung im «Sternen» vom 12. November
12. Nov.: Polizeibericht «Bolschewiki» – Sturmläuten um 12.00 Uhr – Aufruf an die Stimmfähigen Wohlens – Sitzung des GR von 14.30 Uhr – Ausserordentliche Gemeindeversammlung in der katholischen Kirche um 15.00 Uhr: Verlauf, Interventionen von J. Stierli, Kondukteur, und Josef Müller, Lehrer, Beschlüsse – Bericht über die Gemeindeversammlung im «Wohler Anzeiger» – Sitzung des GR von 16.30 Uhr – Sitzung des GR von 20.00 Uhr
13. Nov.: Sitzung des GR von 18.00 Uhr: Kriegsbetrieb der SBB – Rapport der Ortswache der Feuerwehr
14. Nov.: Sitzung des GR von 08.00 Uhr: Autokontrolle – Sitzung des GR von 18.00 Uhr: auswärtige Störer?
15. Nov.: Bulletin des «Wohler Anzeigers» zum Streikabbruch – Sitzung des GR von 09.00 Uhr: Meldung betr. Ortswehren im Bezirk Bremgarten – kurzer Rückblick

III. Traugott M. Bruggissers Vorschlag der Gründung einer Wohlfahrtspartei Seite 34

Offener Brief an die Bürgerwehren – Aufruf zur Gründung einer Wohlfahrtspartei – Versammlung vom 23. Nov. – Volksgemeinde in Vindonissa: Bruggissers Rede – Diskussionsabend vom 6. Dez. in Wohlen: Die Kritik von Theodor Fischbach, Gemeindeammann von Villmergen, in der «Freiämter Zeitung» – Bruggissers Antwort

IV. Ausblick Seite 51

Allgemein – Löhne in der Strohindustrie – Lokales – Die neuen Kräfteverhältnisse

Anmerkungen, Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Einführung

In der Ansprache, die Dr. iur. Albert Furter, Wohlen, als freisinniger Präsident des Grossen Rates zur Eröffnung der Session 1918/19 am 29. Nov. 1918 hielt, führte er unter anderem aus: «Seit der aargauische Grosse Rat das letzte Mal versammelt war, sind Monate verflossen. Versammlungsverbote wegen der Grippe, Tagungen der Eidgenössischen Räte und andere ausserordentliche Ereignisse hinderten ihn, in normaler Weise die Geschäftsordnung abzuwickeln. Während dieses Unterbruchs in seinen Tagungen haben sich Ereignisse abgespielt, die zu den bedeutendsten aller Zeiten gehören, bedeutsamer, als sie je sich abspielten während der 115 Jahre des Bestehens des aargauischen Parlamentes, das im Jahr 1803 mit dem jungen Aargau geschaffen wurde.»[1]

Wie ist diese Aussage heute zu bewerten? Willi Gautschi zitiert die obige Passage und fügt hinzu: «Mit dem Ausbruch des Landes-Generalstreiks erlebte die Schweiz tatsächlich eine der kritischen Phasen ihrer Geschichte.»[2] Es hat Jahrzehnte gedauert, bis sich die Historiker in ihrer Beurteilung auch nur einigermassen einigen oder annähern konnten. Trotz umfangreicher Spezialliteratur und zusammenfassender Gesamtdarstellungen ist die Diskussion um Motive und Ziele der damaligen Akteure nicht ganz verstummt. Über die Rezeptionsgeschichte und den historischen Stellenwert orientiert Hans-Ulrich Jost im Anhang der 3. Auflage von Willi Gautschis Werk «Der Landesstreik 1918», Zürich 1988. Weitgehend herrsche Einigkeit darüber, dass der Generalstreik vor allem durch die wirtschaftliche Not, bedingt durch Kriegswirtschaft, Aktivdienst, Teuerung, mangelnde Sozialhilfe und epidemische Grippe, in die ein grosser Teil der Arbeiterschaft geraten war, bewirkt wurde. Das Vertrauen in die Behörden war erheblich gestört; die Propaganda linker Kreise schürte die Missstimmung. Der Streik war eine politische Bewegung mit revolutionärem Charakter; man versuchte mit Mitteln ausserhalb von Verfassung und Gesetz, die Verhältnisse zu verändern. Es gibt aber kei-

ne Beweise dafür, dass das führende Oltener Aktionskomitee eine gewaltsame Auseinandersetzung anstrebte oder allenfalls einen Bürgerkrieg riskierte, um eine Staatsumwälzung zu erzwingen. Es gab wohl Vorbilder im ideologischen Sinne des Klassenkampfes, aber Vorbereitungen eines Staatsstreichs nach russischem Muster waren nicht getroffen. Die Frage der Legitimation des politisch motivierten Streiks als Kampfmittel gegen die bestehende Ordnung wird auch künftig verschieden beurteilt werden. Dazu Jost: «In einer formalistisch-rechtsstaatlichen Perspektive muss der Landesstreik grundsätzlich als unzulässiger politischer Druckversuch erscheinen. Anerkennt man aber anderseits die Existenz extraparlamentarischer Kräfte, d. h. die Tatsache, dass Gruppen und Organisationen auch mit andern Mitteln als Volksrechten, Wahlen oder Parlamentsmehrheiten ihre Interessen wahrzunehmen vermögen, dann darf auch der politisch motivierte Streik als Kampfmittel der Arbeiterschaft nicht unbesehen zurückgewiesen werden.»[3]

Blickwinkel Wohlen

Was geschah in den bewegten Novembertagen 1918 in Wohlen? Gab es Unruhen? Wie reagierten die Behörden, d. h. der Gemeinderat, der Gemeindeammann? Warum wurde am 12. November um 12 Uhr mittags mit allen Glocken Sturm geläutet?

Dass von einer Untersuchung im Zusammenhang mit diesen Fragen keine neuen Erkenntnisse für die kantonale oder eidgenössische Geschichte zu erwarten sind, dürfte aus der Einleitung deutlich geworden sein.

Seit 1917 hatte die soziale Spannung auch in Wohlen zugenommen. Die Preiserhöhungen wirkten sich für Arbeiter und Angestellte, Beamte und Lehrer immer schlimmer aus. An einer Gemeindeversammlung vom Oktober 1917 sprach man von einer Teuerung der Lebensmittel von 70% bis 80%, der Heizung von 70% und der Klei-

dung von 50%. Oft führte längerer Militärdienst zu Not und Verelendung, da keine Lohnausfallentschädigung ausbezahlt wurde. Die Arbeitslosen waren weitgehend ihrem Los überlassen. In der Volksküche wurde Suppe abgegeben für 25 Rappen pro Liter. Die Massnahmen von Bund und Kanton waren ungenügend und erfolgten – wie die Rationierung – zu spät.

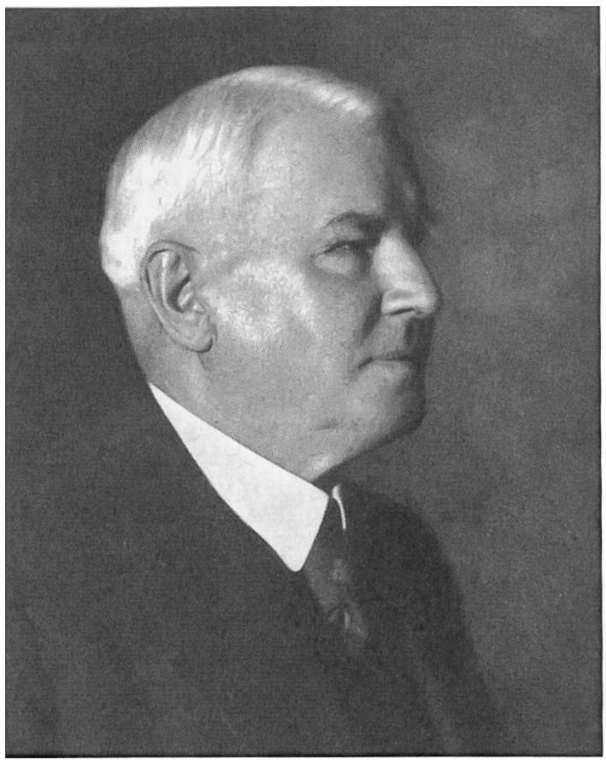
Wohlen, das 1920 4705 Einwohner zählte, wurde von einem rein bürgerlichen Gemeinderat «regiert». Die Wahlen von 1917 hatten als Resultat 4 Freisinnige und 3 Konservative (1 Gewinn) ergeben. Dem Rat gehörten an:

Traugott Martin Bruggisser, Gemeindeammann (freis.)
Alois Wildi, Vizeammann (freis.)
Ernst Müller (freis.)
Karl Vock (freis.)
L. Fröhli (kons.)
Emil Kuhn (kons.)
K. L. Michel (kons.)

Gemeindeammann Bruggisser – die massgebende Autorität im Dorf

Bevor wir uns dem Ablauf der Ereignisse zuwenden können, müssen wir den überragenden Kopf der Gemeindebehörde, der in den Novembertagen die Hauptrolle spielte, vorstellen: Oberst Bruggisser, wie er im Dorf bis zu seinem Tod genannt wurde. Ich stütze mich dabei auf seine umfangreichen «Erinnerungen aus meinem Leben», aufgeschrieben in den Jahren 1935 bis 1942, und die Nekrologe von 1943.

Traugott M. Bruggisser wurde am 26. Oktober 1869 in Wohlen als Sohn des Dr. med. Anton Bruggisser, prakt. Arzt und Teilhaber der Firma M. Bruggisser & Cie., und der Emma, geb. Isler geboren. Nach



Traugott M. Bruggisser

dem Besuch der Schulen in Wohlen und der Matura an der Kantonsschule in Aarau studierte er 6 Semester Rechtswissenschaft in Bern, Leipzig und Berlin. Er war begeistertes Mitglied der Kantonsschulverbindung Argovia und in Bern Aktiver im Korps Tigurinia. 1891 brach er das Studium ab und trat in das Familienunternehmen der Strohindustrie ein. Vorerst besuchte er die Handelsschule in Neuenburg, anschliessend festigte er seine Sprachkenntnisse in Nyon, Marseille und London. Die Hutgeflechtindustrie, damit auch das «Haus» Bruggisser, stand damals im bedeutenden Wandel vom Handelshaus zum Fabrikbetrieb. 1896 heiratete er Delia Michalska, die Tochter des polnischen Schlossherrn von Hilfikon; 6 Kinder, 3 Söhne und 3 Töchter, wurden dem Ehepaar geboren. Zwei Familientraditionen prägten seine Erziehung und später seinen Lebenslauf: Politik und Militär.

Sein Grossvater, Johann Peter Bruggisser (1806–1870), Fürsprech, hatte sich an der Staatsumwälzung von 1830 beteiligt (Freiämtersturm), war als gemässigt radikaler Politiker Verfassungsrat 1830, 1840 und 1851, Grossrat 1831–58 (5mal Präsident), Tagsatzungsgesandter 1845, Nationalrat 1848–1866, Gerichtspräsident Bremgarten 1831–40, Oberrichter 1849–51 und 1858–67, Eidgenössischer Kommissar in Nidwalden 1847, Oberst der Justiz, massgebend an der Rechtsgesetzgebung beteiligt, Förderer des Schulwesens. Sein Sohn Anton Bruggisser, Dr. med., praktizierte seit 1858 als Arzt in Woh-

len, wurde 1871 Teilhaber der Firma und später Chef derselben. Von 1879 bis 1889 war er Mitglied des Grossen Rates, von 1881 bis 1884 gehörte er dem Nationalrat an; er war beteiligt an der Gründung der Kantonalen Krankenanstalt, der Pflegeanstalt Muri und des Aarg. Lungensanatoriums. Von 1862 bis 1879 setzte er sich in Wohlen in den Schulbehörden für eine gute Schule ein. In der Armee diente er als Hauptmann der Sanität.

Den Pfaden seiner Vorfahren folgend absolvierte Traugott M. Bruggisser 1889 die Offiziersschule; als Artilleriehauptmann wurde er in den Generalstab berufen; später führte er ein Regiment, war während der Kaisermanöver 1912 Stabchef der 6. Division und schloss seine Karriere als Kommandant der Artilleriebrigade 6 ab. Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, dass er wesentlich gefördert und beeinflusst wurde von General Ulrich Wille. «Ich stand damals der Familie (Wille) nahe» und «Ein besonders nahes Verhältnis verband mich mit General Wille und Oberstkorpskommandant Bridler». Während 40 Jahren war er in der Politik als Freisinniger aktiv:

1897–1901 Gemeinderat (Bauwesen und Verwaltung der Waisenanstalt)
1906–1926 Gemeinderat (Polizei und Finanzen)
1906–1910 und 1914–1926 Gemeindeammann
1925–1933 Mitglied des Grossen Rates, 1932 Präsident

1933 musste er als Grossrat zurücktreten wegen der Bestimmung der Firma, wonach nach 8 Jahren ein solches politisches Amt aufgegeben werden musste.

Der Familientradition entsprechend war er 10 Jahre Mitglied der Schulpflege und präsidierte 20 Jahre lang die Bezirksschulpflege. Als Verwaltungsrat war er tätig in der «Freiämter Zeitung» AG (seit 1919 Präsident), bei der Wohlen–Meisterschwanden-Bahn AG (seit 1922 Präsident) und der Aarg. Kreditanstalt, später Schweizerische Bankgesellschaft. Von 1920 bis 1940 war er Mitglied der Aargauischen

Handelskammer. Zu erwähnen ist seine Mitgliedschaft im Rotary-Club Aarau, die ihm viel bedeutete; 1939 wurde er Governor des 54. Distrikts.

Über sich selber schreibt er: «Mein Charakter muss im grossen Ganzen den Leuten auf die Nerven gegeben haben, denn ich bin immer eher reserviert gewesen bis ich mit den Leuten näher kam.»

Der Landes-Generalstreik – die wichtigsten Daten:

29. Oktober: Aufruf der sozialdemokratischen Partei zur Durchführung von Feiern anlässlich des ersten Jahrestages der russischen Oktoberrevolution.
4. November: Memorial General Willes an den Bundesrat, vorsorglich Truppen aufzubieten.
5. November: Begehren des Zürcher Regierungsrates um Truppenschutz für Zürich.
6. November: Es sind 4 Infanterieregimenter und 4 Kavalleriebrigaden aufgeboten.
7. November: Beschluss des Oltener Komitees zur Durchführung eines 24stündigen Proteststreiks. Auf der Liste der 19 zu bestreikenden Städte figurieren aus dem Kanton Aargau nur Aarau und Baden.
9. November: Proteststreik in 19 Schweizer Städten.
10. November: Schiesserei auf dem Zürcher Fraumünsterplatz; 4 Zivilisten sind verletzt, ein Soldat getötet. Die Konferenz des Oltener Komitees mit dem Bundesrat verläuft ergebnislos. Beschluss des Komitees zur Auslösung des unbefristeten Landesstreiks.
Es werden 9 Forderungen gestellt:

1. Unverzügliche Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzwahlrechts. (Dieses war in der Volksabstimmung vom 13. Oktober angenommen worden.)
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.

4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee als Volksheer.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invaliditätsversicherung.
8. Staatsmonopol für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

11./12. November: Beginn des Generalstreiks.
12. November: Eröffnung der Session der ausserordentlichen Bundesversammlung.
13. November: Ultimatum des Bundesrates an das Oltener Komitee.
13./14. November: Beschluss des Oltener Komitees, den Generalstreik abzubrechen.

II. Die Streiktage vom 11. bis 15. November in Wohlen

Die Ereignisse vom 11. bis 15. November lassen sich am besten anhand der Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates verfolgen.

Der 11. November

Während der Sitzung vom 11. November wird dem Gemeindeammann folgendes Telegramm überreicht: «Erwarten Abordnung auf 12. November, nachmittags 3 Uhr Sternen Wohlen zur Beratung über Massnahmen gegen drohende Revolution. Komité Aarg. Bauernverband.» Gemeinderat Ernst Müller, Besitzer des Hotels Sternen, stellt das Gesuch, die Abhaltung dieser Versammlung möge gestattet werden, zumal die Grippe stark zurückgegangen sei. Gemeinderat Karl Vock bringt zum ersten Mal die Schaffung einer Bürgerwehr zur

Sprache; der Gemeindeammann mahnt zu Zurückhaltung, um die gespannte Lage nicht zu verschärfen. Über den Nutzen einer Bürgerwehr ist man geteilter Ansicht. «Glücklicherweise werden die hiesigen Arbeiter für den Streik kaum zu haben sein, so dass von dieser Seite wenig oder nichts zu befürchten ist. Nötigenfalls wird man Sturm läuten.» Es wird beschlossen:

- Die Abhaltung der Versammlung im «Sternen» wird bewilligt.
- Mit Abwehrmassnahmen gegen den Landesstreik wird zugewartet.
- Sollten Abwehrmassnahmen nötig werden, so ist der Vorsitzende ermächtigt, dieselben von sich aus anzuordnen.[4]

Im Bericht an den Regierungsrat über die bewilligte Versammlung im «Sternen» wird mitgeteilt, es hätten über 200 Vertreter der Gemeinderäte, Bürger und Bauern energische Unterdrückung der revolutionären Bestrebungen, Organisation der Bürgerwehren und Bekämpfung des Streikterrorismus beschlossen.[5]

Der 12. November

Am 12. November fanden 3 Gemeinderatssitzungen statt; aber bevor wir auf diese eingehen können, müssen wir darauf hinweisen, dass um 12.00 Uhr Sturm geläutet wurde. Die Veranlassung: ein Gerücht und nicht mehr! Der Gemeindepolizist Werder verfasste am folgenden Tag dazu einen Bericht mit dem Titel «Bolschewiki», dessen Lektüre sehr wohl ein Schmunzeln verursachen kann:

Ortspolizei
Gemeinderat Wohlen
«Bolschewiki»

Auf das Gerücht von gestern, den 12. dies, dass sogenannte Bolschewiki in der Wirtschaft zum «Federal» dahier sich zu einer Agitationsversammlung einge-

funden hätten und die gestützt hierauf getroffenen Massnahmen erstatte Ihnen folgenden Bericht:
Im Flüsterton verbreitete sich gestern Dienstag gegen Mittag die Kunde, dass Revolutionäre in unsere Gemeinde gekommen seien und in der Wirtschaft zum «Federal» mit hiesigen Arbeitern Beratungen pflegen. Nachdem diese Nachricht ziemlich bekannt war, erhielt ich von Herrn Gemeindeammann Bruggisser den Befehl, diese Bolschewiki zu verhaften. Von den Polizisten Michel und Breitschmid und etwa 4 Bürgern in Civil begleitet, schritt ich zum Vollzug dieses Befehls. Auf der Bünzstrasse angekommen, bemerkte man, dass unter den vor uns beim «Federal» angekommenen Neugierigen eine Bewegung entstand, indem Velofahrer wegfuhren.
Wir beschleunigten unsere Schritte und betraten das bezeichnete Wirtschaftslokal. In demselben befanden sich zwei Gäste, der Wirt Jos. Seiler-Kuster und seine Ehefrau. Ich eröffnete dem Wirt, dass wir die bei ihm sich eingefundenen fremden Leute prüfen müssen.
Der Wirt Seiler gab zur Antwort, diese fremden Leute seien soeben per Velo fortgefahren. Über deren «Woher und Wohin» könne er keine Auskunft geben. Weder die Wirtsleute noch die Gäste wollten die Fremden gekannt haben.
Da ich aus zweifacher Erfahrung weiss, dass der Wirt Seiler der Polizei den Dienst durchaus nicht erleichtert, so befriedigte mich seine Antwort nicht. Nachdem dann namentlich der eine Gast, namens Widmer Karl, Schlosser, in Othmarsingen wohnhaft, gegen uns, sich für den Wirt entschied, war eine ordentliche Antwort vollends ausgeschlossen. Nun ersuchte ich den Wirt zur Feststellung des Vorfalls uns auf den Pol. Posten zu folgen. Nachdem der Wirt hin und her gezaudert, zeigten sich zwei Mann, die an der Versammlung teilgenommen hatten, worauf alle drei Mann auf den Pol. Posten im Gemeindehaus folgten. Die Namen derselben sind:

1. *Jos. Seiler-Kuster von Niederwil, geb. 1887, Wirt zum Federal*
2. *Stauble Paul von Sulz (Laufenburg), geb, 1893, Schriftsetzer, in Logis bei J. Breitschmid, Fakteur*
3. *Kleiner Otto von Wädenswil, geb. 1885, Schriftsetzer, alle in Wohlen*

Da die Befragung durch Herrn Gemeindeammann Bruggisser selbst durchgeführt wurde und die Leute nach derselben entlassen wurden, so kann mein Bericht hier abgebrochen werden.
Auf dem Weg zum Federal begegnete uns ein unbekannter Schriftsetzer. Derselbe heisst Müller Josef, in Fischbach-Göslikon wohnhaft. Herr Walter Meyer, Buchdruckereibesitzer, machte darauf aufmerksam, dass der Genannte in polizeilichen Gewahrsam gehöre, zumal er auch dazu gehöre (zu den Agitatoren). Polizist Breitschmid führte den Mann auf den Posten. Dieser, weil uns unbekannt, wurde bis zum Zeitpunkt der Befragung in Haft versetzt, nach ca. 20 Minuten jedoch in die goldene Freiheit geführt; dies zu Ihrer gefl. Kenntnisnahme rapportiert.

Werder, Corpl.

Das Protokoll der **Sitzung des Gemeinderates von 14.30 Uhr,** das im Wortlaut folgt, ist mit grösster Sorgfalt abgefasst; man darf vermuten, dass es von Gemeindeammann Bruggisser redigiert wurde.[6]

«Schon seit einiger Zeit waren skrupellose Hetzer und namentlich Vertreter des bolschewistischen Terrors in verschiedenen Gegenden der Schweiz am Werke, um den Boden für aufrührerische Bewegungen vorzubereiten. Diese revolutionären, zum Teil ausgesprochen anarchistischen Wühlereien wurden namentlich in der Stadt Zürich immer frecher und intensiver betrieben, so dass sich nach und nach eine hochgradige Aufregung der dortigen Bevölkerung bemächtigte, die sich auf weite Kreise der ganzen Schweiz übertrug. Die Aufregung der Stadt Zürich erreichte einen solchen Grad, dass die kantonale Regierung nach reiflicher Überlegung sich entschloss, beim Bundesrat das Gesuch zu stellen, er möchte Truppen in genügender Stärke aufbieten zur Beruhigung der Einwohnerschaft und um den drohenden Unruhen vorzubeugen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit gegen Willkür und Gewalt wurden am 6. November 4 Infanterieregimenter und 4 Kavalleriebrigaden aufgeboten.

In der Nacht vom 10. auf den 11. November beschloss das Oltener Aktionskomitee den Generalstreik, der in der Nacht vom 11. auf den 12. November, mitternachts 12 Uhr begonnen hat und sämtliche öffentliche und private Betriebe aller Gegenden umfassen soll. In Zürich hat der Generalstreik schon am 11. November eingesetzt. Dieser Landesstreik setzt die Existenz und Wohlfahrt des Landes aufs Spiel. Der Bundesrat hat deshalb gestern noch beschlossen, auch die Infanterie der ersten Division und von 2 Gebirgsbrigaden aufzubieten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Der Vorsitzende hat in der gestrigen Sitzung Auftrag und Vollmacht erhalten, Abwehrmassregeln gegen den Landesstreik anzuordnen, falls ungesetzliche Vorkommnisse hier eine Rückweisung erfordern sollten. Das letztere ist nun eingetreten. Die Eisenbahnen verkehren nicht mehr. Infolgedessen konnten die Arbeiter von Muri

heute nicht zur Arbeit nach Wohlen kommen. Die Buchdruckereien haben den Betrieb einstellen müssen, weil sie von auswärtigen Typographen bedroht werden. Angesichts der kritischen Lage hat das Polizeiamt heute mittags um 12 Uhr Sturm läuten lassen und an die Stimmfähigen Wohlens folgenden Aufruf austeilen lassen:

An die Stimmfähigen Wohlens!

Der Gemeinderat hatte nach reiflicher Ueberlegung beschlossen mit Abwehrmaßregeln gegen den Landesstreik zuzuwarten bis **ungesetzliche Vorkommnisse bei uns** eine **Rückweisung** erfordern.

Das ist nun leider eingetreten.

Daraufhin wurde vom Polizeiamte alarmiert, um die gesetzmäßige Freiheit wieder herzustellen.

Bürger!

Ihr werdet zu einer

Gemeindeversammlung in die Kirche

einberufen

auf heute nachmittags 3 Uhr

um Euch als **freie Schweizer** selber Euer Gesetz zu geben.

Keiner fehle und jeder erfülle seine Schweizerpflicht.

Wohlen, den 12. November 1918.

Der Gemeinderat.

Der Vorsteher des Polizeiwesens [d.h. Gemeindeammann Bruggisser, der Verf.] führt aus, er habe Sturm läuten lassen, um die Bevölkerung aufzurütteln und ihr zum Bewusstsein zu bringen, dass es bei diesem Landesstreik u m s G a n z e geht. Im fernern teilt er mit, dass heute mittag einige Typographen, weil man sie ihm als Bolschewisten aus Zürich bezeichnet habe, aus dem Restaurant Fédéral ins Gemeindehaus geholt worden seien und dass er sie nach Einvernahme sofort entlassen habe.

Zu Handen der um 3 Uhr stattfindenden Gemeindeversammlung stellt Herr Gemeindeammann Bruggisser folgenden Antrag:

1. Die Gemeinde stimmt zu, dass der Ausbau der sozialen Verbesserung der Schweiz nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern durch verfassungsmässige Gesetzesschaffung erfolge.

2. Sie gibt dem Gemeinderat alle Mittel in die Hand, für Ruhe und Gewährung freier Arbeit zu sorgen und heisst die getanen Schritte gut.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden und beschliesst, denselben als gemeinderätlichen Antrag der Gemeinde zu unterbreiten.»

Die Gemeindeversammlung

Um 15.00 Uhr waren von den 1048 Stimmberechtigten 627 in der katholischen Kirche versammelt. Das absolute Mehr betrug 525; damit war die Versammlung beschlussfähig. Einleitend weist der Gemeindeammann auf den Alarm durch das Geläute hin und verliest den Text des Aufrufs. Dann gibt er einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung unserer Volksrechte (Stimmrecht, Referendum und Initiative) in den letzten 120 Jahren. Bei der Skizzierung unseres Verfassungswesens hebt er hervor, dass Störungen verfassungsmässiger Rechte ein strafwürdiges Unterfangen seien und nicht geduldet werden dürfen. Dann wörtlich:[7]

«Eine der vornehmsten Pflichten der Behörden ist es, Ordnung im Lande zu halten und die öffentliche Sicherheit zu schützen. Die Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk. Sie ist das Fundament aller unserer Einrichtungen. Ohne die Demokratie müsste die Schweiz untergehen. Demokratie und Sozialreform sind die beiden Seiten des nämlichen Problems. Wir müssen unsere politischen Einrichtungen vervollkommnen, um sie in höherem Mass der Verbesserung und Hebung unserer sozialen Verhältnisse dienstbar zu machen. Die soziale Reform drängt sich allen denen gebieterisch auf, die die grosse Lehre der Zeit verstanden haben. Sie kann sich aber nur auf dem Wege der ruhigen Entwicklung vollziehen. Sozialreform und Revolution werden in der Schweiz unvereinbare Gegensätze bleiben. In diesen vier Kriegsjahren haben wir alles getan und wir werden auch fernerhin alles tun, um unsern Mitbürgern mit bescheidenem Einkommen die Lebensbedingungen zu erleichtern. Die hiesigen Strohfabrikarbeiter klagen über mangelhafte Entlöhnung. Sehr richtig ist, dass sie früher schlecht bezahlt worden sind. In den letzten 2 Jahren sind aber erhebliche Lohnaufbesserungen zugestanden worden und es ist der Sprechende, der als Strohindustrieller über den Geschäftsgang noch orientierende Aufschlüsse gibt, der Ansicht, dass die Lohnverhältnisse noch besser gestaltet werden und dass es zweifellos schon in nächster Zeit wieder einen guten Schritt vorwärts geht.»

Er erwähnt in der Folge die «skrupellosen Hetzer» und «namentlich die Vertreter des bolschewistischen Terrors», deren Wühlerei der Landesstreik entsprungen sei. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass der Ausbau der sozialen Verbesserung der Schweiz nicht durch Gewalt, sondern durch den Stimmzettel erfolgen soll. Dann schildert er die Lage in Wohlen so:

«Der Landesstreik macht sich hier bereits fühlbar. Der Betrieb der Bundesbahnen ist lahmgelegt. Die auf die letztern angewiesenen auswärtigen Arbeiter sind infolgedessen verhindert, zur Arbeit zu kommen. Die beiden Buchdruckereien haben den Betrieb einstellen müssen, weil die noch Arbeitswilligen von auswärtigen Typographen

bedroht werden. Und als heute gegen 12 Uhr noch die Meldung kam, es seien Bolschewiki aus Zürich im Restaurant Fédéral eingetroffen, wurde vom Vorsteher des Polizeiwesens Alarm befohlen. Die angeblichen Bolschewiki wurden zur Einvernahme auf das Gemeindehaus geholt, wo sie sich dann als hier in Arbeit stehende Typographen entpuppten und darauf sofort entlassen wurden. Sowohl für diese Massnahme, als auch für den Befehl zum Sturmläuten erklärt der Vorsteher des Polizeiwesens die Verantwortung zu übernehmen.»

Nach der Verlesung beider Anträge, wie sie in der vorangehenden Sitzung des Gemeinderates formuliert worden waren, eröffnet der Vorsitzende die Diskussion. Erster Votant ist Josef Stierli, Kondukteur, der eine bemerkenswerte Rede hält:

«Nach den Worten des Herrn Gemeindeammanns stehen wir vor einer sehr ernsten Lage. Wenn nicht die nächsten Stunden eine Vermittlung zwischen dem Kapital einerseits und der grossen Masse der Arbeiterschaft anderseits bringen, so wird Bürgerblut fliessen. Ich erlaube mir in Anbetracht des Ernstes der Situation dieselbe vom Standpunkt des Arbeiters aus kurz zu beleuchten: Schon seit einigen Jahren haben die katholischen Gewerkschaften, haben führende und einsichtige Politiker aufmerksam gemacht auf die drohende Gefahr. Anno 1913 hat auch Papst Leo XIII. in seiner unsterblichen Enzyklika Rerum Novarum die Arbeiter- resp. soziale Frage glanzvoll behandelt. Freisinnige Grössen, hervorragende Staatsmänner, ja die ärgsten Sozialisten, wie Bebel, haben die Ideen dieses Rundschreibens anerkannt und betont, dass es eine soziale Tat wäre, wenn dieselben zum Durchbruch kämen. Aber diese Ideen sind abgeprallt am Geiste der modernen Kultur. Das systematische Herausreissen der Seele aus dem Leibe, der beständige Kampf gegen die staatliche und militärische Autorität, das leidenschaftliche gewissenlose Streben nach Reichtum, das beständige Markten und Feilschen von Seiten der Arbeitgeber an den gerechten Forderungen der Arbeiter, nicht zuletzt des Bundespersonals, haben die heutige Lage auf dem Gewissen. Die Strömungen, wie sie heute durch die Arbeiterschaft gehen, die kom-

men nicht von Osten, von Russland her, wie der Herr Gemeindeammann vorhin sagte, sie sind in der Schweiz selbst nach System seit langen Jahren gezüchtet worden. Die obersten Behörden haben keine Fühlung mehr mit dem Volk; der demokratische Gedanke wurde missachtet und unterdrückt. Und wenn heute die Lage so ist, dass selbst die Wenigen, die noch arbeitswillig sind, die Arbeit nicht aufnehmen können, ohne Gefahr für Leben und Gesundheit zu laufen, so hat man da den grössten Fehler in Bern selbst gemacht, wo man sich immer wieder ins Schlepptau der Sozialisten nehmen liess. Noch vor nicht gar langer Zeit hat der Liberalismus, die liberale Partei, mit den Sozialisten geliebäugelt. Was den Platz Wohlen anbetrifft, so glaube ich und habe Beweise in den Händen, dass wir bedenkliche Zustände, speziell in unserer Strohindustrie, haben. Gewiss sind zur Stunde die Verhältnisse leidlicher geworden, aber es ist auch Tatsache, dass die Strohindustrie vier Jahre hinter sich hat, wie noch nie, wo das Geld in Strömen floss. Trotzdem sind die Löhne nicht annähernd entsprechend gestiegen, ja es werden in gewissen Branchen die reinsten Hungerlöhne bezahlt. Der Arbeiter sieht das alles, er verlangt nichts Ungerechtes, nur seinen verdienten Lohn. Die Industriellen haben sich um die Forderungen des Fabrikgesetzes einen Pfifferling gekümmert. Man hat die Arbeiterinnen und Arbeiter gezwungen, dass sie nach strenger Tagesarbeit die halbe Nacht hindurch ‹Stücke putzen› mussten und so die Verfügung des Bundesrates vom 30. Oktober 1917, wonach für Nachtarbeit 25 % Zuschlag bezahlt werden soll, bewusst umgangen. Es geschieht heute den Strohindustriellen von Wohlen recht, wenn sie vor den Bolschewiki zittern müssen. Die christlichen Gewerkschaften, die nicht den Klassenkampf, sondern die Klassenversöhnung wollten, beabsichtigte man zu unterdrücken. Man hat den Paragraphen 56 der Bundesverfassung, der das Vereinsrecht gewährleistet, schmählich missachtet. Ich möchte auch gerade dem Herrn Gemeindeammann und dem Gemeinderat mitteilen, dass es in Wohlen Geschäfte gibt, die Arbeiterinnen und Arbeitern kündeten, weil sie der christlichen Gewerkschaft angehörten. Das alles sind flagrante

Verletzungen des bestehenden Rechtes und Gesetzes. Man muss eben von oben herab nicht stets nur auf Rechtmässigkeit und Gesetzlichkeit gegenüber den Arbeitern pochen, während man in dieser Beziehung das denkbar schlechteste Beispiel gibt. Diejenigen, die sich heute um Gesetze und Vorschriften nichts bekümmerten, haben heute kein Recht, der Arbeiterschaft ungesetzliches Vorgehen vorzuwerfen, denn sie tut höchstens, was die heutigen Schreier seit langem praktizierten.

Die Arbeiterschaft verlangt heute ganze Massnahmen der Behörden. Sie verlangt, dass dem Wucher und den himmelschreienden Lohndrückereien einmal von oben herab mit aller Macht entgegengetreten werde. Sie will keine kleinlichen, durch ewiges Betteln errungenen Zugeständnisse, sondern ihr volles ungeschmälertes Recht. Ich hoffe, dass das in der freien Schweiz noch auf dem Boden des Gesetzes und unter Mitarbeit aller Besitzenden möglich ist.»

Herr Paul Stauble, Typograph, kritisiert den Alarm und protestiert dagegen, dass er aus dem Restaurant Fédéral, wo man gerade mit Kollegen aus Aarau bei einem kühlen Trunke sass, von der Polizei auf das Gemeindehaus geholt wurde. Im fernern führt er aus, dass die hiesigen Typographen nicht freiwillig streiken, sondern den Verbandsvorschriften gehorchend um den schweren Folgen ihrer Nichtbeachtung zu entgehen.

Der Vorsitzende erwidert, er habe die Gründe des Sturmläutens bereits erörtert und dafür auch die Verantwortung übernommen. Im Restaurant Fédéral habe man nur Bolschewisten gesucht und dass dann, nach deren Flucht, nur noch Vorredner und andere Typographen dort betroffen wurden, sei eine Sache, für die er nichts könne. Aber auch hier übernehme er die Verantwortlichkeit, falls sein Vorgehen vom Richter etwa als Missgriff befunden werden sollte.

In der Abstimmung wird der Antrag 1, «Die Gemeinde stimmt zu, dass der Ausbau der sozialen Verbesserung der Schweiz nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern durch verfassungsmässige Gesetzesschaffung erfolge», mit 586 Stimmen angenommen.

Herr Josef Müller, Lehrer, wünscht, dass der Gemeinderat jetzt schon genau festlegt, was für Massnahmen er zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu ergreifen beabsichtigt. Gemeindeammann Bruggisser: es sei schwierig, das jetzt schon zu sagen; provozierende Massnahmen werde der Gemeinderat ohne Grund nicht treffen. Darauf Herr Müller:

«Ich möchte nur verhindern, dass der Arbeiter den Eindruck bekäme, als würde Kapitalistenpolitik getrieben. Sorge man vor allem einmal dafür, dass der Arbeiter zu einem gerechten Lohn komme. Und da muss man halt einsehen, dass er bei der heutigen Geldentwertung mindestens den doppelten Lohn erhalten muss, wie vor dem Krieg. Der Gemeinderat kennt diejenigen Arbeitgeber, die in dieser Beziehung stets zurückhalten. Diesen steige er einmal auf die Bude und sage ihnen deutlich, was ihre Pflicht sei. Und wenn seine Forderungen auch nicht bindende Kraft haben, so werden sie zum mindesten einen guten Eindruck machen. Der Arbeiter hat eben auch offene Augen. Überall werden Höchstpreise festgesetzt, auch der Bauer muss sich das gefallen lassen. Aber der Industrielle ist an nichts gebunden. Er kann die Preise heute bei der geringen Konkurrenz selber festsetzen, wird aber dennoch nicht verhalten, bessere, entsprechende Löhne zu zahlen. Da muss der Hebel angesetzt werden. Eine gute Arbeiterpolitik ist die beste Bürgerwehr. Wir haben in Wohlen niemals eine Revolution zu fürchten, wenn dem Arbeiter Gerechtigkeit wird.»

Kondukteur Stierli unterstützt den Vorredner und weist darauf hin, dass laut Bundesverfassung alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind.

Oberrichter Koch spricht auch für eine bessere Entlöhnung, warnt vor Ausschreitungen und hofft, dass die Arbeitgeber gerechtes Entgegenkommen zeigen werden.

Da keine Wortmeldung mehr erfolgt, wird abgestimmt.

Der Antrag 2, «Sie (die Gemeinde) gibt dem Gemeinderat alle Mittel in die Hand für Ruhe und Gewährung freier Arbeit zu sorgen und sie heisst die getanen Schritte gut», wird mit 533 Stimmen gutge-

heissen. Gemeindeammann Bruggisser schliesst die Versammlung in der Hoffnung, dass der Gemeinderat nicht genötigt werde, von den erhaltenen Kompetenzen Gebrauch zu machen.

Erstaunlich knapp ist die Berichterstattung im «Wohler Anzeiger» vom 16. November: «Auch bei uns weht Streikluft. Es streiken die Typographen, zum Teil die Eisenbahner und heute Morgen sind auch die Metallarbeiter dazu gekommen. Aufgebotene Feuerwehr sorgt während Nacht und Tag für Ruhe und Ordnung. An der Dienstag stattgehabten Gemeindeversammlung, die von weit über 500 Männern besucht war, beschloss die Gemeinde einstimmig (man vergleiche das Abstimmungsergebnis gemäss Protokoll!), an der Lösung aller sozialer Fragen auf gesetzlichem Wege mitzuhelfen und erteilte dem Gemeinderat all die nötigen Vollmachten, die zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung in unserer Gemeinde erforderlich sind.»

Kommentar: Die Ausführungen Bruggissers machen deutlich, dass er trotz der Peinlichkeit mit den «Bolschewiki» die Lage als sehr gefährlich beurteilte. Auch an der Gemeindeversammlung redet er von «bolschewistischem Terror» und «anarchistischen Wühlern». Bemerkenswert ist, dass Stierli, der ja die Rede des Gemeindeammanns nicht kannte, darauf eingeht. «Die Strömungen [...] kommen nicht von Osten her, wie der Herr Gemeindeammann vorhin sagte, sie sind in der Schweiz selbst [...] gezüchtet worden.» Die Ausführungen Stierlis zeigen die Stimmung unter der Arbeiterschaft klar und deutlich. Auffallend ist, dass kein Vertreter der Lohnempfänger der alles dominierenden Wohler Geflechtindustrie das Wort ergreift. Nur deshalb, weil sie nicht organisiert waren? Oder hatten sie Angst vor Repressalien der Arbeitgeber? Sowohl der Gemeindeammann wie auch Karl Vock standen an der Spitze zweier bedeutender Unternehmen; da glaubten wohl viele, es sei besser, wenn andere reden. Stierli, der ein beachtliches rhetorisches Talent unter Beweis stellte, taucht auch später in Protokollen wieder als Kritiker und Verfechter sozialer Ziele auf. Traugott M. Bruggisser schreibt 1936 über ihn in den «Lebenserinnerungen»:

«Als Gemeinderat hatte ich jahrelang Anstände mit Kondukteur Stierli, der Opposition machte gegen alle Anträge des Gemeinderates und unglaublich viel Mitläufer fand. Alle Verbesserungen, die wir in der Gemeinde durchführen wollten, wurden von ihm bekämpft. Man begreift das heute nicht mehr, da die Christlichsozialen mit dem Geld der Gemeinde umgehen, wie wir es nie verantwortet hätten.» Und an anderer Stelle: «Im Jahre 1926 trat ich (als Gemeindeammann) zurück wegen der Angriffe der Christlichsozialen unter Führung von Kondukteur Stierli und wegen der Geschäftslage.»

Nach der Gemeindeversammlung fand um 16.30 Uhr eine weitere Sitzung des Gemeinderates statt.[8] Der Vorsitzende teilt mit, dass das Feuerwehrpikett angetreten sei und dass im Falle von ernstlichen Unruhen vielleicht noch 50 Mann der Landsturmkompanie IV/45 aufgeboten werden könnten. Herr Vock möchte den Druckereien Schutz gewähren, damit die bürgerliche Presse nicht vollständig geknebelt ist. Herr Kuhn bemerkt, es sei der Firma Kasimir Meyers Söhne Sprengung der Druckerei angedroht, wenn sie weiter arbeite.

Zur dritten Sitzung an diesem Tag, abends um 20.00 Uhr, waren die beiden Hauptvotanten der Gemeindeversammlung, Stierli und Müller, als «Sprecher der Christlich-sozialen Gewerkschaft und der Arbeiter» eingeladen worden und erschienen. Gemeindeammann Bruggisser stellt die Frage, ob ein Militäraufgebot nötig sei. Stierli und Müller erklären, dass von den hiesigen Arbeitern keine Gewalttaten zu befürchten seien. «Es empfiehlt sich, die Sache nicht gefährlicher zu machen, da die Leute sonst in Psychose kommen.» Sie weisen auf die ungenügende Entlöhnung der Strohfabrikarbeiter hin und die derselben entspringende Erbitterung und «betonen wiederholt und dringend, dass hier endlich Remedur geschaffen werden muss. Das Kapital kann nicht sein ohne die Arbeiter und die Arbeiter nicht ohne das Kapital.» Bruggisser und Vock geben als Strohindustrielle Aufschluss und «weisen verschiedene Behauptungen in die richtigen

Schranken zurück». Gemeindeammann Bruggisser ersucht Herrn Stierli, «von dem Betriebe und den Büchern der Aktiengesellschaft M. Bruggisser und Cie. Einsicht zu nehmen und ist überzeugt, dass er dabei eine andere Auffassung kriegt, als ihm die Arbeiter einseitig beigebracht haben.»

Als Leiter des Verbandes aargauischer Strohgeflechtfabrikanten gibt Herr Gemeinderat Fröhli anhand der jüngst vorgenommenen Enquête Aufschluss über die gegenwärtigen Lohnverhältnisse. Danach ist gegenüber dem Vorjahre eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 25% eingetreten und werden jetzt folgende Stundenlöhne bezahlt:

a.	an Handspuhler, nicht vollwertige Arbeiter	43,4 Rp.
b.	an Aufschläger und Aufrüster	47 Rp.
c.	an Maschinenspuhler	50 Rp.
d.	an Hanftrüller	68,6 Rp.
e.	an Fantasietrüller	63–64 Rp.
f.	an Chenillienarbeiter	88 Rp.

In diesen Löhnen sind die Teuerungszulagen nicht inbegriffen.

«Herr Lehrer Müller beklagt sich wegen des Existenzminimums, auch bezeichnet er es als Ungerechtigkeit, dass der Zuschlag für Gasmehrbezüge nur 20 Cts. per Kubikmeter beträgt. Die Armen müssen mit dem Gas über alle Massen sparen und die Reichen brauchen Gas nach Belieben und bezahlen den wirklich lächerlichen Zuschlag mit Lachen.»

Darauf der Vorsitzende: Der Gemeinderat finde das Existenzminimum auch viel zu niedrig, könne aber das Steuergesetz nicht ändern; der Zuschlag zum Gaspreis könne auch ärmere Abonnenten treffen, etwa im Falle von Krankheit, wenn das Kontingent überschritten werde.

Die Herren Stierli und Müller werden daraufhin mit Dank entlassen.

Es wird noch mitgeteilt, dass das Feuerwehrpikett unter anderem auch das Gemeindehaus, das Gaswerk, das Elektrizitätswerk und die Buchdruckerei Kasimir Meyer bewache.[9]

Ortswache der Feuerwehr
~~Ortspolizei~~
WOHLEN

Rapport

vom 13-14 Nov. 1918

an

Gegenstand:

Titl. Gemeindeammannamt

Wohlen

Bestand der Wache: 2 Offiziere
7 U. Offiziere
25 Soldaten
} total 34 Mann

Organisation: I Hauptwache im Gemeindehaus
2 Offizier mit 4 Soldaten

II. 1 U.O.P. Electrizitätswerk
1 U. Offizier mit 3 Soldaten

III. 1 U.O.P. Gaswerk
1. U. Offizier mit 5 Soldaten

IV. 1 U.O.P. „Wohler-Anzeiger"
1. U. Offizier mit 3 Soldaten

V. Patrouillen n/. Bremgarten
2. Nourige Patrouille je 1 U.O. & 2 Mann

VI. 4 Kreiswachen (im Ort:)
ausgeführt von 2 U.Off. & 6 Soldaten

Der 13. November

Der Gemeinderat nimmt an der Sitzung um 18.00 Uhr davon Kenntnis, dass der Bundesrat die Einführung des Kriegsbetriebs der SBB beschlossen habe.

Der hiesige Bahnhofvorstand habe von der Kreisdirektion V den telegraphisch übermittelten Auftrag erhalten, 13 Eisenbahner, die nicht angetreten seien, darunter auch Kondukteur Stierli, verhaften zu lassen. Da aber kein Truppenkommando in Wohlen war und das Etappenkommando in Aarau sich für nicht zuständig erklärte, konnte der Befehl nicht ausgeführt werden. Das Feuerwehrpikett sei infolge des militärischen Aufgebots auf etwa 30 Mann zusammengeschmolzen. Da aber von Herrn Eugen Isler noch eine Notwehr organisiert werde und da auch mit zirka 50 Mann Landsturm gerechnet werden könne, sei von einem Gesuch an den Regierungsrat um Stellung von Truppen abgesehen worden.[10]

Der 14. November

Um 08.00 Uhr teilt der Gemeindeammann dem Gemeinderat mit, durch das Militär (Nachzügler der Landsturm-Kp. IV/45) und die Feuerwehr seien während der Nacht alle Autos kontrolliert worden. Auch der englische Gesandte habe Wohlen passiert. Im übrigen sei alles ruhig, man gehe der gewohnten Beschäftigung nach. Auf der Verhaftung der 13 Eisenbahner werde nicht mehr beharrt.[11]

Im Protokoll begreiflicherweise nicht erwähnt ist folgende Begebenheit, die von Nationalrat Dr. Eugen Bircher in der Trauerrede für seinen Rotarier-Freund 1943 erwähnt wird: «In jenen 18er Tagen gelang es ihm und seinem Freund Theodor Dreifuss, den ‹berühmten› Kommunisten Platten aus Zürich im Auto abzufangen; sie liessen Platten dann in den Kanton Thurgau hinausführen, von wo er seinen Marsch nach Bern zu Fuss antreten konnte.»[12]

Fritz Platten: Sozialdemokrat; 1915–19 Parteisekretär; 1917 Nationalrat; Mitglied der «Zimmerwalder Linken»; 1917 Organisator der Reise russischer Emigranten mit Lenin im plombierten Wagen nach Russland; Teilnahme am 3. Sowjetkongress in Petersburg; 1918 führende Rolle im Generalstreik, zeitweiliges Mitglied des Oltener Komitees; Verurteilung zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe; 1921 Mitbegründer der kommunistischen Partei der Schweiz; 1923/24 Emigration nach Russland; 1938 Stalins grosse Säuberungen: Verhaftung Plattens und Prozess; verurteilt zu 4 Jahren Zwangsarbeit wegen unerlaubten Waffenbesitzes; 1942 Tod im Lager.[13]

In der Sitzung von 18.00 Uhr orientiert der Gemeindeammann über die Vorfälle im Zusammenhang mit der Bahnhofüberwachung, die auszugsweise anhand des Polizeirapports von Korporal Werder geschildert werden, um zu zeigen, wie ernst man auch zu diesem Zeitpunkt noch alles nahm, was nach Störung aussah, sich dann allerdings als völlig belanglos erwies.

Die Intervention ging auf eine telefonische Nachricht von Notar Schmidli zurück, der meldete, er habe Klagen gehört, dass hiesige arbeitswillige Angestellte der SBB von «Auswärtigen» gehindert werden, ihre Funktion auszuüben. Werder will den Bahnhofvorstand informieren und trifft am Bahnhof den befehlenden Unteroffizier Feldweibel Geissmann. «Gemeinsam kommen wir auf das Bahnhof-Vorstand-Bureau. Kaum hatten wir den Anfang unserer Meldung gemacht, hob der Bahnhofvorstand (Emil Geissmann) an, in scharfem Ton, das so wie eine kalte Dusche auf mich wirkte, zu klagen, unter welchen Umständen er am Bahnhof sich selber überlassen sei. «Seit gestern mittag warte ich umsonst auf Hilfe, ich habe vom gegenwärtigen Zustand an die Gemeindebehörde Mitteilung gemacht, aber da zeigt sich kein Mensch, keine Polizei, keine Wache, die einmal Ordnung machen würde. Ich weiss mir bald selber nicht mehr zu helfen. Meine Person samt dem Bahnhof könnten zu Grunde gehen, aber niemand kümmert sich darum. Da oben liegen Kisten voll Munition, gerade als wären sie für die Streikenden für einen Überfall bestimmt.» Was war geschehen? Das «Opfer», der herbeigerufene Weichenwärter Fritz Kuhn, berichtet, er sei von einem jüngeren Mann angegangen worden, er solle die Arbeit verlassen und die Kollegen zusammenrufen zu einer Besprechung; der Streik werde unter allen Umständen

fortgesetzt. Die Behauptungen des Bahnhofvorstandes, der Wärter sei mit Schlägen bedroht und zu einer Unterschrift gezwungen worden, erwiesen sich später als gegenstandslos. Feldweibel Geissmann und Korporal Werder waren der Meinung, «es sollte etwas geschehen». Da man den jungen Mann im Restaurant Schellenberg vermutete, zog man dorthin. Werder marschiert, begleitet von einem Korporal mit 2 Mann mit aufgepflanztem Bajonett, zur Wirtschaft, betritt diese dann aber allein. Die «Auswärtigen» waren dort: 3 Lokomotivheizer aus Aarau, 4 Mann vom Zugspersonal und ein Tisch voll Typographen. Einer der Heizer, Karl Zellweger, macht geltend, sie hätten sich ruhig verhalten und dem Weichenwärter nur mitgeteilt, dass der Streik fortgesetzt werde. Werder will keine Auseinandersetzung und befiehlt die 7 Mann auf den Posten. «Es geschah also und die Militärwache deckte mich in geeigneter Entfernung im Rücken.»

In Anbetracht des verfügten Kriegsbetriebs der Bundesbahnen meldet Werder den Vorfall an das Militärkommando in Lenzburg. Hauptmann Rey antwortet, die Bahnhofbewachung habe für solche Fälle von Aarau aus direkt Weisung erhalten. Feldweibel Geissmann orientiert Werder, es sei nur bei vorkommenden Tätlichkeiten einzuschreiten. Werder schliesst seinen Bericht: «Da eine strafbare Handlung gegenüber den bürgerlichen Strafgesetzen nicht vorlag, wurden die Leute daran erinnert, welche Folgen es haben werde, wenn die Belästigungen Arbeitswilliger durch das Militärstrafgesetz geahndet werden müssten, und hierauf entlassen.»[14]

Der 15. November

Der Vorsitzende teilt mit, der Streik sei abgebrochen, und zitiert einen Artikel aus der «Bürgerlichen Presse Zürichs». Die letzte Nacht sei ruhig verlaufen; die Buchdruckereien hätten den Betrieb wieder aufgenommen, auch der Bahnverkehr sei wiederhergestellt. Bis zur völligen Abklärung der Verhältnisse könne die Polizei und das Feuerwehrpikett mit reduziertem Bestand den Wachtdienst noch

Bulletin

des

Wohler Anzeiger

Allgemeines Freiämter Anzeige-Blatt.

Bern, 14. Nov. (Privattel.)

Auf heute Mitternacht wird der Generalstreik auf ein Ultimatum des Bundesrates hin, laut Beschluß des Olmer Aktionskomites, beendet.

Bern, 14. Nov. (Privattel.)

Der Nationalrat hat mit 136 gegen 15 Stimmen beschlossen, die **Forderungen der Sozialdemokraten abzulehnen.**

Der Bundesrat werde unter keinen Umständen kapitulieren.

besorgen. Ferner teilt er mit, dass auf den Beschluss der Bauernversammlung vom 12. November sämtliche Gemeinden des Bezirks Bremgarten Bürgerwehren gebildet haben, mit Ausnahme von Villmergen, das sich ablehnend verhalte.[15]

Über die Haltung Villmergens wird in der Polemik zwischen Gemeindeammann Bruggisser und seinem Kollegen Theodor Fischbach noch zu lesen sein.

Bürgerwehren

Von 13 Gemeinden liegen Meldungen an «Oberst Bruggisser» – so lautet in der Regel die Anrede – vor, die Anzahl Mann, Anzahl «Schiessfähige», Anzahl Waffen, Munitionsbestand und Anzahl Velos enthalten sollten. Aus ihnen lässt sich schliessen, dass diese Bürgerwehren für einen bewaffneten Einsatz nicht einsatzfähig waren. Ein paar Beispiele: Fischbach-Göslikon meldet 40 Mann, alles Schiessfähige, 40 Gewehre, keine Munition; Oberlunkhofen: 42 Schiessfähige, 17 Gewehre, keine Munition; Sarmenstorf: 64 Mann, 11 Schiessfähige, 7 Gewehre, keine Munition. Munition fehlt fast überall; nur Unterlunkhofen meldet einen Bestand von 10 bis 20 Patronen. Bremgarten hat eine perfekte Organisation getroffen mit Meldedienst, Sicherungsdienst zum Schutz der öffentlichen Anlagen und Einrichtungen und des Privateigentums, Aufstellung eines Feuerwehrpiketts, Organisation einer bewaffneten Mannschaft und Aufgebot sämtlicher männlicher Bürger durch Feuersignal.[16]

Kurzer Rückblick

Überblickt man die Tage vom 11. bis zum 15. November und versucht das Verhalten des Gemeinderates, vor allem des Gemeindeammanns, der über eine souveräne Autorität verfügte, zu beurteilen, ist davon auszugehen, dass eigentlich in Wohlen gar nichts Ernsthaftes oder gar Gefährliches geschah. Der ganze Gemeinderat glaubte, dass der

Schweiz ein «bolschewistischer» Umsturz drohe, ja unmittelbar bevorstehe. Das erklärt die Überreaktion mit Sturmläuten und ausserordentlicher Gemeindeversammlung. Dass dabei die Verhaftung der «Bolschewiki», die keine waren, eine Rolle spielte, ist anzunehmen, hat es doch der korrekte Gemeindeammann nicht versäumt, sich für diesen Schlag ins Wasser zu entschuldigen. Ob eine Gemeindeversammlung auch ohne diesen «Irrtum» einberufen worden wäre, ist nicht mehr auszumachen, darf aber bezweifelt werden. Aus heutiger Sicht ist die Beteiligung von 60% der stimmberechtigten Männer erstaunlich hoch; Neugier oder Angst oder beides? Dass die «andere Seite» durch die Voten der beiden Christlichsozialen Stierli und Müller zum Ausdruck kam, war bestimmt für das Klima im Dorf nur gut. Linke Opposition war damals katholische Opposition. Organisierte Sozialdemokraten gab es offenbar zu diesem Zeitpunkt nicht; zwar war 1916 anstelle des Grütlivereins der Anfang September konstituierte «Arbeiterverein» getreten, von dem gesagt wurde, er werde der sozialdemokratischen Partei des Kantons Aargau angehören.

III. Traugott M. Bruggissers Vorschlag der Gründung einer Wohlfahrtspartei

Man würde der Persönlichkeit Bruggissers nicht gerecht, wenn man nur die sozusagen defensive Seite seines Charakters darstellte. Wie zu zeigen sein wird, gehörte er zu jenen Freisinnigen, die Überlegungen über nötige Reformen nicht verschlossen waren. Schon am Tag nach Streikabbruch richtete er einen «Offenen Brief an die Bürgerwehren im Freiamt».

Wohlen, den 15. November 1918

Offener Brief

an die Bürgerwehren im Freiamt.

Ihre Zuschriften zeigten, dass unsere Bevölkerung die Lage erfasst hat. **Nur urwüchsige Selbsthülfe kann beim Bürgerkrieg uns retten.**

Diese Denkweise muss in die Gehirne hineingehämmert werden und zwar gerade speziell in unserer landwirtschaftlichen Gegend, damit unsere waffenfähigen Söhne ohne etwas daheim gefährdet zu wissen, dort aushelfen können, wo Verachtung von Verfassung und Gesetz den Hosenlupf wagen will.

Nun kommt aber der zweite Teil unserer Aufgabe. Wir müssen heraus aus den alten Parteiverhältnissen, denn die haben abgewirtschaftet und wem das Wohl und Wehe unseres Gesamtvaterlandes am Herzen liegt, muss die Offensive ergreifen, damit unsere staatsanerkennenden Elemente bahnbrechend wieder mit weitgehenden Volksrechten vorangehen, neuerdings zum Exempel für die ganze Welt.

Im beiliegenden Aufruf habe ich die Gedanken, die mich schon lange bewegen, niedergelegt.

Es scheinen auf den ersten Blick wohl unvernünftige Forderungeu, aber die Zeit wird lehren, dass sie die Welt erobern. Bei der Neuregelung der Handelsbeziehungen muss allen Arbeitern der ganzen Welt, auch denjenigen in bäuerlichen Verhältnissen im Sinne meines Programmes geholfen werden. Dann schützen wir damit auch unsere Industrie.

Was bis jetzt eine Unmöglichkeit war, wird durch den Frieden durchführbar, da überall nun die Grundlage für einen Ausgleich geschaffen wird.

Grosse Opfer werden von Vielen von uns verlangt, aber sie ermöglichen, dass unser Wort „Einer für Alle" einmal zur Ausführung gelangt und Jeder seinen Platz an der Sonne erhält.

Mit vaterländischem Gruss!

Traugott M. Bruggisser.

Der Satz «Im beiliegenden Aufruf habe ich die Gedanken, die mich schon lange bewegen, niedergelegt» bezieht sich auf den «Aufruf zur Gründung einer schweizerischen Wohlfahrtspartei».

Aufruf

zur

Gründung einer schweizerischen Wohlfahrtspartei.

1. Dieselbe stellt sich auf den Boden der Verfassung und der von uns in hundertjähriger Entwicklung geschaffenen Volksrechte.
2. Sie lehnt alle Gewaltsmittel und Streike ab, will aber durch beförderlichste Anhandnahme allgemeiner Fürsorge der vielfach begründeten Unzufriedenheit die Ursachen entziehen.
3. Als allgemeine Programmpunkte werden aufgestellt:
   a) Verbesserung der Lage für Inlands- und Exportarbeiter durch Festlegung von allgemein gültigen Lebensbedingungen und Altersfürsorge.
   b) Beteiligung der Angestellten und Arbeiter neben gebührender Verzinsung der arbeitenden Kapitalien am Reingewinn.
   c) Schaffung einer leistungsfähigen Rasse ausser durch Verbesserung der Lebensverhältnisse auch durch Verbot der Fortpflanzung kranker Individuen.
   d) Volle Uebernahme der Ausbildungskosten junger Leute aller Berufe durch den Staat und zwar nach Bedarf und Eignung.
4. Die notwendigen Mittel sind durch eine starke progressive Erbsteuer zu beschaffen.
5. Die Wohlfahrtspartei kennt keinen Unterschied der Konfession, der Sprache und der sozialen Stellung.

Wohlen, am Jahrestag der Schlacht am Morgarten 1918.

Der Initiant:

Traugott M. Bruggisser.

Am 19. November lud er eine ganze Reihe von Vereinen und Organisationen «zu der allgemeinen Besprechung des beiliegenden Programms» auf Samstag, den 23. November, 20.00 Uhr abends, ein.

Oeffentliche Volksversammlung

Samstag, 23. November 1918, abends 8 Uhr

im großen Sternensaal.

---

1. Aufklärung über die politische Lage

Referent: Traugott Bruggisser.

2. Bildung einer allgemeinen Bürgerwehr.

Wir laden alle unsere Angehörigen zu zahlreichem Besuche ein.

Alpenklub Wohlen.
Altersgenossenverein.
Donnerstagsgesellschaft.
Dramatischer Klub.
Feuerwehrkommission.
Freis. dem. Partei.
Fußballklub.
Handwerkerverein.
Harmonie.
Judengesellschaft.
Kammergesellschaft.
Kath. kons. Volkspartei.
Kaufmännischer Verein.
Männerchor.
Militärschießverein.
Musikverein.
Orchester.
Samariterverein.
Schützenklub Angliton.
Schützengesellschaft Bünztal.
Schützengesellschaft Wohlen.
Strohheimergesellschaft.
Turnvereine Angliton und Wohlen.
Verband Aarg. Strohindustrieller.

1078

Die «Freiämter Zeitung» berichtet am 26. November über die gut besuchte Versammlung, die im Bärensaal stattfand, der mehr Platz bot als der vorgesehene Sternensaal.

«Er [Bruggisser] vertrat den Standpunkt, dass die Verbesserung der Lebenshaltung eines Volkes in der Zukunft hauptsächlich vom Gang von Handel und Industrie und von bezüglichen internationalen Abmachungen abhängen werde. Er gab die Anregung zur Gründung einer Wohlfahrtspartei, welche Mitglieder aller Konfessionen und

Berufe umfassen soll. Die Bestrebungen und Arbeit dieser Partei soll sich zuerst auf die Gemeinde, im weitern auf den Kanton und die Eidgenossenschaft erstrecken. In nächster Zeit wird eine Sitzung einberufen werden, zu welcher u. a. die Vorstände aller hiesiger Vereine eingeladen werden zur Besprechung und Festlegung eines Programms, nach welchem gearbeitet werden soll. Es wird sich dann darum handeln, auf welche Art und Weise die Lebenshaltung speziell der ärmeren Bevölkerung gehoben und verbessert werden kann und welche Mittel usw. hiefür aufgebracht werden können. Nach einer Einladung zum Beitritt in die Bürgerwehr schloss der Referent seinen Vortrag, dem wir Erfolg wünschen. Sofern die begüterten Kreise ihre milde Hand recht weit auftun werden, wird ihm ein solcher auch beschieden sein.»[17]

Sicher nicht zufällig erschien am gleichen Tag, Samstag, den 23. November, im «Wohler Anzeiger» folgender Aufruf:

AUFRUF
An die
Gesamte Arbeiterschaft der Strohindustrie
des Platzes Wohlen
und Umgebung

Arbeiter und Arbeiterinnen der Strohindustrie!
Wir leben in einer furchtbar schweren Zeit, Teuerung, Schmalhans, Not, Kummer und Sorge ist vielfach des Arbeiters Los.
Wer nimmt sich Euer an, wer steht mutig und uneigennützig für Eure gerechte Sache ein?
Die christliche Gewerkschaft der Bekleidungsbranche des Platzes Wohlen.
Arbeiter – Arbeiterinnen! Erkennen Sie die Kraft unserer Organisation, treten Sie deshalb unserer Gewerkschaft bei, bei uns finden Sie Hilfe.

Anmeldungen nehmen unsere Vertrauensleute in den Betrieben, sowie unser Präsident Stierli Josef im Wyl entgegen.

Volksgemeinde in Vindonissa am 24. November 1918

Die «Landsgemeinde» in Vindonissa sollte eine Gegendemonstration sein, um zu zeigen, dass das Aargauervolk bereit sei, allen Umsturzversuchen machtvoll entgegenzutreten. Mit Schreiben vom 19. November fragte Eugen Bircher, die treibende Kraft des Ausschusses der «Vaterländischen Vereinigung», die am 16. November in Aarau gegründet worden war, Bruggisser an, ob er bereit wäre, in Vindonissa 5 Minuten zu sprechen. Bruggisser sagte zu und schlug als mögliche Themen vor: «Zusammenschluss auf Grund eines Wohlfahrtsprogramms» oder «Die Meinung in der Gemeinde Wohlen über den Landesstreik». Im Schreiben an Bircher fügt er bei: «Ferner bitte ich Sie, mich nicht als Sprecher der Industriellen zu bezeichnen, denn meine Gedanken dürften kaum als Ausfluss der jetzt noch gültigen Denkweise gelten.»

Vor den 12 000 Teilnehmern sprachen am Sonntag dann neben Eugen Bircher Bauernsekretär Dr. E. Laur, Arbeitersekretär H. Hilfiker, Grossrat F. Pabst, Direktor A. Näf, Fabrikant T. M. Bruggisser, Lehrer E. Jegge, Eisenbahnangestellter G. Blattner, Fürsprech P. Conrad und SAC-Präsident A. Bernoud aus Genf.[18]

Der Wortlaut der versöhnlichen Ansprache Bruggissers ist im Gemeindearchiv erhalten:

«Landesstreik im Freiamt

Die Urgrosssöhne jener Freiämter Männer, die 1830 den gegenwärtig überall gültigen Anschauungen über Volksrechte zum Sieg verhalfen, diesmal zogen sie nach Aarau, um die damals errungenen Rechte gegen fremde Gewalt und gesetzloses Handeln zu schützen.

Treue zum Vaterland und der Wille die Heimat zu hegen, liessen sie mit Begeisterung dem Rufe folgen und wer die frohe Schar einrücken sah, freute sich der wackeren Nachkommen.»

Der Referent bezieht sich auf das Aufgebot des Freiämter Füsilierbataillons 46 am 11. November auf 20.00 Uhr nach Aarau.

«Ganz gleich wie die Söhne standen aber auch die Alten auf und stellten sich in jungwerdender Begeisterung zum Schutz von Hof und Dorf bereit, damit die ruhige Arbeit ihren Fortgang nehme. Bürgerwehren entstanden und besetzten Brücken und Wege zur Kontrolle lichtscheuer Passanten.

Auch in industriell durchwobenen Orten wollte die bodenständige Arbeiterschaft nichts wissen vom Landesstreik und wenn auch manch scharfes Wort gegen ungefreute Zustände fiel, eine gewaltige Mehrheit entschied in freier allgemeiner Gemeindeversammlung für Gesetz und Verfassung und setzte sie durch.

Das war die Abwehr.

Nun aber muss der Gegenangriff einsetzen. Nicht in Verfolgung der Betörten, sondern in zielbewusster Arbeit aller auf dem Boden von Verfassung und Recht stehenden Bürger, um dem Schweizerlande die Ruhe zu geben, durch ausgiebigere Fürsorge für die Schwachen.

Wir alle, die wir an unser Vaterland glauben, wir müssen uns geloben Opfer zu bringen.

Wenn Männer aller politischen Parteien und aller Stände zusammen kommen, um in gemeinsamer Vorarbeit sich zu beraten über die Dringlichkeit der Wohlfahrtsgesetzgebung und dann zurückkehren in ihre Städte und Dörfer, Parteien und Vereine und die Saat auswerfen und kämpfen für deren Schutz und Gedeihen, dann haben wir eine Institution geschaffen, die wohl den Vorfahren vor 100 Jahren in ähnlich schwerer Zeit vorschwebte, als sie im benachbarten Schinznach als schweizerische gemeinnützige Gesellschaft tagten.»

Anspielung auf die Tagungen der Helvetischen Gesellschaft, die 1761/62 in Bad Schinznach gegründet worden war, ein Treffpunkt der patriotischen Elite, die sich um politischen, pädagogischen und ökonomischen Fortschritt im Geiste der Aufklärung bemühte.

«Grosses hat diese geschaffen auf dem neutralen Boden der Wohltätigkeit und arbeitet weiter dafür, ihr sei Dank. In dem modernen rasch drängenden politischen Leben müssen wir jene Gedanken wieder aufnehmen zum Besten unseres Heimatlandes. Das ist meine Meinung von der Wohlfahrtspartei. Möge ihr gelingen, wiederum auf neutralem Boden des Volkswohls in politischer Hinsicht, alle Kräfte zum Besten des Vaterlandes zu mobilisieren.

Das walte ein gütiges Geschick.»

Diskussionsabend vom 6. Dezember

Die an der Versammlung vom 23. November in Aussicht gestellte Sitzung der Vorstände aller Vereine zur Festlegung eines Programms im Sinne der Ziele der Wohlfahrtspartei fand am Freitag, den 6. Dezember, im Kleinen Sternensaal statt. Alle Eingeladenen waren vertreten; Männerchor und Orchester entschuldigten sich, «da sie ausschliesslich auf musikalischem Gebiet wirken wollen». Der Vorsitzende, Gemeindeammann Bruggisser, erstellte anhand eigener Notizen ein Protokoll.

Er gab einleitend ein Bild der Wohlfahrtsaufgabe. Nach seiner Ansicht fallen der Eidgenossenschaft zu:

1. Die Regelung der Erbsteuer, wobei aber die Verwendung zu 4/5 den Kantonen bleiben sollte
2. Alters- und Invalidenversicherung
3. Rassenverbesserungsproblem

Innerhalb des Kantons sind an die Hand zu nehmen:

4. Steuer-, Schul- und Armenwesen
5. Ausbildungsziele

Innerhalb der Gemeinde sind lösbar:

6. Ausdehnung der Krankenversicherung
7. Verbesserung der Wohnverhältnisse
8. Verbesserung der Lebensverhältnisse

Er schlägt vor, dass der Gemeinde der Antrag auf Erhebung einer halben Steuer zu Wohlfahrtszwecken gestellt werden sollte, die zirka Fr. 30 000.– ergeben würde, deren Verwendung wie folgt festzusetzen wäre:

Fr. 7500.– für Ausdehnung der Krankenversicherung
Fr. 7500.– für Verbesserung der Wohnverhältnisse
Fr. 7500.– für Verbesserung der Lebensverhältnisse
Fr. 7500.– für Ausbildungszwecke

Die sachliche Diskussion (9 Teilnehmer) zielt auf Machbarkeit; man einigt sich auf folgende Hauptpunkte:

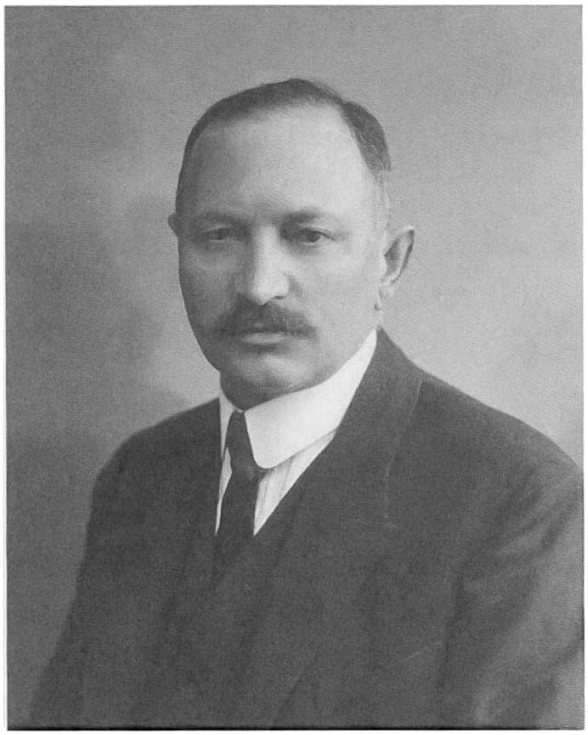
a) Die Einführung einer Wohlfahrtssteuer wird grundsätzlich gutgeheissen; in welchem Umfang diese vorzuschlagen ist, bleibt noch vorbehalten.
b) Der Vorsitzende soll sich in Verbindung setzen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, um deren Stellungnahme schon vor der Budgetgemeinde zu erfahren und verwerten zu können.
c) Die anwesenden Delegierten erklären sich bereit bei diesen Verhandlungen mitzuhelfen.

Die Lohnamtsfrage soll später ebenfalls behandelt werden.

Die Kritik des Theodor Fischbach

Harsche öffentliche Kritik und entschiedene Ablehnung von Bruggissers Idee einer neuen Partei kamen weder von der Linken noch von den Konservativen, sondern aus den eigenen Reihen.

Es war der Villmerger Gemeindeammann, Kollege im Verwaltungsrat der Freiämter Zeitung AG und freisinnige Grossrat Theodor Fischbach, der bereits am 22. November mit seinem Artikel «Ein offenes Wort» im freisinnigen Parteiorgan mit scharfer Klinge zu fechten begann.



Theodor Fischbach

Über den Lebenslauf von Theodor Fischbach vernehmen wir im Nachruf von Dr. August Baumann, dem Sekretär der Freisinnig-demokratischen Kantonalpartei und Redaktor der «Freiämter Zeitung», unter anderem Folgendes: Geboren am 25. August 1875, wuchs er in einer Bauernfamilie in Villmergen auf. Nach der Schulzeit begab er sich nach Pontarlier zur Erlernung der französischen Sprache und der Praxis im Hutgewerbe. Nach der Rückkehr half er im elterlichen Betrieb und arbeitete eine Zeitlang in der Ramie AG in Wohlen, zuletzt als Betriebsleiter, später dann als Experte der schweizerischen Hagelversicherungsgesellschaft. 1901 wurde der 26jährige in den Gemeinderat gewählt, von 1905 bis 1908 war er Vizeammann. Nach einem Unterbruch von 5 Jahren erfolgte 1913 die zweite Wahl in den Gemeinderat und zugleich die Wahl zum Gemeindeammann und als Grossrat. In beiden Ämtern blieb er bis zu seinem Tod am 3. Februar 1936. Zu seiner politischen Grundhaltung bemerkt Baumann: «Richtig verstandener Freisinn war ihm sozialer Freisinn, darum stand er immer auf dem linken Flügel der Partei.»[19]

In einem andern Nachruf (O. St. im «Wohler Anzeiger») lesen wir: «Theodor Fischbach war eine Kampfnatur und der politische Fechtboden war sein Element. Hieb und Parade führte er gleich treffend und scharf.»

Wie genau diese Charakterisierung durch seinen Parteifreund und Kollegen im Gemeinderat Oskar Stäger stimmt, zeigt die Polemik mit

Traugott M. Bruggisser, die wir nun auszugsweise und zum Teil wörtlich verfolgen wollen.

Ein offenes Wort von Theodor Fischbach (22. November)

«Die Revolutionswogen haben sich geglättet. Man sieht wieder ganz nüchterne Schweizer durch die Strassen gehen, ab denen Barrikaden und Bürgerwehr glücklicherweise ohne viel geschadet zu haben verschwunden sind. Unser schweizerisches Parlament hat während der Schlotterwoche das feierliche Versprechen abgelegt, die neuangebrochene Zeit mit offenen Armen zu empfangen und den hintersten Schweizerbürger seinem wohlverdienten irdischen Glück entgegenzuführen. Dieses Versprechen genügt mir vorläufig; auf die Erfüllung will ich gerne noch zwei volle Jahre warten; denn während einem viertägigen Katzenjammer kann selbst von Stände- und Nationalräten nur Unvollkommenes geboren werden. Dass aber auch noch andere Sterbliche sich nach der Schlacht mit Reformen befassen und grossen Massen eine frohe Zukunft bringen wollen, will ich gerne und dankbar registrieren. Herr Traugott M. Bruggisser geht in impulsiver, tatenlustiger Art auf sein Ziel los. Herr Bruggisser gefällt mir diese Woche viel, viel besser als er mir im Laufe der Revolutionswoche gefallen hat. Seine Programmpunkte versöhnen mich mit ihm, obschon ich selbstverständlich nicht mit dabei bin, wenn seine neue Partei mit dem wunderbar klingenden Namen aus der Taufe gehoben wird. […]

Herr Traugott M. Bruggisser hat die notwendigen Mittel für seine Reformen bereits beieinander. Eine starke progressive Erbsteuer wird den schweizerischen Finanzminister aus allen Nöten heben. Damit aber nicht allzu viele am Ergebnis dieser Steuer partizipieren, soll gleich auch die Fortpflanzung etwas eingedämmt werden.

Rassenhygienisches Ideengut war damals in der Schweiz verbreitet und fand in weiten Kreisen Zustimmung. Bruggissers Forderung nach «Verbot der Fortpflanzung kranker Individuen» (Abschnitt 3c im Aufruf zur Gründung einer schweizerischen Wohlfahrtspartei) erregte kaum grosses Aufsehen. Sozialhygienische Massnahmen sollten die Erzeugung von sozial, geistig und moralisch minderwertigen

Menschen verhindern. Eheverbot, Sterilisation, Kastration gehörten zu diesen Massnahmen. Zu dieser für die Kantone der Schweiz noch weitgehend unerforschten Praxis der Zwangsfürsorge (für Zürich zwischen 1890 und 1970) liegt der Bericht über die stadtzürcherische Sozialpolitik vor:

Huonker Thomas, Kindswegnahmen, Eheverbote, Sterilisationen, Kastrationen. Sozialdepartement der Stadt Zürich, 2002. Ausführliche Besprechung in NZZ vom 13. März 2002, S. 45.

Hierüber kann man ja in guten Treuen reden. Für heute vermute ich, Herr Bruggisser unterschätze die Zahl der E u n u c h e n [Sperrung: Fischbach; der Verf.] gewaltig, die er mit seinem wohlgemeinten Postulat schaffen würde. Auch fürchte ich, es könnten hieraus neue Revolutionshelden entstehen, die kaum nach einem Menschenalter auch schon den grössten Anhang hätten. Mit den Säften und Kräften der Natur lässt sich nicht spassen.»

Fischbach geht dann ausführlich auf die Frage der Erbsteuer ein. Aus diesem Abschnitt sei folgender Satz zitiert, auch deshalb, weil er des Verfassers ironischen Schreibstil schön zum Ausdruck bringt:

«Und wenn ich es erlebe, dass der gesetzgebende Rat des einstigen Kulturkantons ein neues Steuergesetz der neuen Zeit mitgibt, und mich der Proporz nicht noch vorher zum Tempel hinauswischt, hoffe ich beim Tanz um das goldene Kalb auch den berühmten Aktiengesellschaften mit den ‹kleinen› Dividenden und den noch kleineren ‹toten Reserven› mit der schrillen Pfeife aufspielen zu können. […]

Und nun ein paar Sätze zum offenen Brief des verehrten Bürgermeisters von Wohlen an die Bürgerwehren im Freiamt. **‹Nur urwüchsige Selbsthilfe kann beim Bürgerkrieg uns retten.›** Mit diesem Satz beginnt Herr Traugott M.Bruggisser seinen offenen Brief, den er mit einem vaterländischen Gruss schliesst. Ich habe mich beim Lesen des fettgedruckten Satzes zweimal gefragt, wie ihn der Verfasser als Offizier mit dem Dienstreglement der Schweizerischen Armee und wie er ihn als Bürger mit der Bundesverfassung in Einklang bringen konnte. Die Frage ist zwar durch die Wunder, die die Revolutionswoche und vor allem der 12. November gezeitigt hat, bereits beantwortet. Kaum war das Bataillon 46 nach Aarau aufgeboten, rief auch schon der Telegraph die Freiämter Bauern und Abordnungen von Gemeindebehörden zur Abwehr der Bolschewiki nach Wohlen. Wer

da geglaubt hatte, die Versammlung werde die Landesbehörde um strenge Massnahmen gegen das ausländische Gesindel ersuchen, das im Begriffe war, die Revolutionsfahne zu entrollen, der war gründlich enttäuscht. **‹Die Selbsthilfe ist unser Trost und unsre einzige Hoffnung.›** So lautete die Parole des Tages. Der schmucke, ehemalige Artillerieoberlieutenant ritt [...] den Ackergaul ausgezeichnet. Neckisch grüssten bald da bald dort die breiten Schrammen des tapferen Helveter, der mit den Kanonen des seligen Schwanenwirtes von Merenschwand schoss, wie mit den neuesten Haubitzen. [Anspielung auf Heinrich Fischer, 1830; der Verf.] [...]

Warum mussten hohe und höhere Schweizeroffiziere in den Tagen, von denen Bundesrat Motta sagte – freilich nur zu einem Hotelfenster hinaus –, sie seien von den Westschweizern für das Vaterland gerettet worden, zu den Bauern gehen und Bürgerwehren bilden? Ich gebe die Antwort, wie sie meine innerste Überzeugung diktiert: **Es war die Angst, der Schweizersoldat könnte versagen, der gleiche Soldat, der in den düsteren Augusttagen des Jahres 1914 mit der Brust voll Liebe und Treue und mit jauchzender Begeisterung für sein Vaterland in den Tod gegangen wäre.** Der preussische Militarismus, aus dem unsere Säbelrassler all ihre Weisheit schöpften, lag röchelnd am Boden mit dem Fuss des eigenen Volkes im Nacken. Man braucht sich also gar nicht zu verwundern, wenn nun gerade diejenigen Gänsehaut bekamen, die die Fühlung mit unserem Volksheere nicht ganz verloren hatten, beim Gedanken, der frühere Geist der Truppen, der im preussischen Stiefel zuschanden geritten war, könnte plötzlich wieder erwachen und sich gegen seine Peiniger richten.

Es ist nicht dazu gekommen. **‹Man kann dem Schweizersoldat alles nehmen, die Treue zum Vaterlande nimmt man ihm nicht.›** Das wussten alle, welche Gelegenheit hatten, unter der alten und neuen Militärorganisation mit den Soldaten Freud und Leid zu teilen und die Schweizerseele im Ehrenkleide der Nation kennen zu lernen. Und darum waren sie Optimisten.»

(Der volksverbundene truppennahe Feldweibel Fischbach und der «aristokratische» Oberst: ein sehr deutlicher Hinweis auf die Kluft zwischen Offizieren und Mannschaft in der damaligen Zeit; Anmerkung des Verf.)

«Nicht in der Gründung einer schweizerischen Wohlfahrtspartei sehe ich, der die demokratische Milch an der Quelle gesäugt hat, das Heil des Vaterlandes. Herr Traugott M. Bruggisser befindet sich in einem fundamentalen Irrtum, wenn er glaubt, der schweizerische Gewalthaufen werde sich um seine interkonfessionell-nationalsoziale Fahne scharen. Die Morgenröte der neuen Zeit hat unsere Parteien grell beleuchtet. Sie werden ihre alten Hefte korrigieren und mit vereinter Kraft die Reformen des Herrn Bruggisser und noch viele, recht viele dazu zum Wohle des Gesamtvaterlandes verwirklichen müssen. Im festen Glauben, der neue Geist werde bei unsern ‹Grossen› nicht vor dem Portemonnaie Halt machen, und mit dem Bewusstsein, der schönste Name schaffe allein keine Garantien, verbleibe ich bei der alten ‹freisinnig-demokratischen Partei›, die fähig ist, Grosses für das Volk zu schaffen, wenn sie will.» [...]

Das «Offene Wort» schliesst mit dem raffinierten Ausruf, der die Absage an Bruggissers Pläne nochmals festhält: «Ich grüsse i m a l t e n K l e i d die neue Zeit!» (vom Verf. gesperrt)

Offene Antwort an Herrn Theodor Fischbach in Villmergen von Traugott M. Bruggisser (29. November)

«Sie teilen Noten aus über das Verhalten während den vergangenen 14 Tagen». – Diesen Vorwurf im einleitenden Satz versucht Bruggisser dann in 5 Punkten zu beweisen, indem er die Abhaltung der ausserordentlichen Gemeindeversammlung juristisch rechtfertigt und Fischbach dafür verantwortlich zu machen versucht, dass die Vertei-

lung des Aufrufs an die Stimmbürger am 12. November am frühen Nachmittag um 1½ Stunden verspätet erfolgt sei. Beide Argumentationen können sich nicht auf Fischbachs Text stützen und wirken eher als Ausdruck der Verlegenheit. Zu seinem öffentlichen Programm hätte er von Fischbach «die allererste Zustimmungserklärung» erwartet, denn er habe diese Ideen bereits am 26. Mai 1918 in «Ihrer Zeitung auseinandergesetzt», «weil ich mit dem Defensivverhalten unserer Partei nicht einig ging. Da wäre es sehr wohl möglich gewesen, in diesen 6 Monaten Stellung zu nehmen.»

Was dann folgt, könnte man als getarnten Rückzug bezeichnen:

«Wir werden nun versuchen, Wohlfahrtsideen im kleinen Raume unseres Dorfes nach Massgabe der gegenwärtig gültigen Gesetze schon an die Hand zu nehmen, denn bis die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung sich fühlbar macht, dauert es eben beim besten Wissen noch Jahre.

Über mein Verhältnis zu den hiesigen Parteien sind die betr. Parteipräsidenten schon früher von mir orientiert worden, öffentlich habe ich am letzten Sonntag an der Landsgemeinde in Brugg gesprochen. Als Anhänger der freis.-demokratischen Weltauffassung hoffe ich auch in der freis.-demokratischen Partei Verständnis für meine ernstgemeinten Ideen zu finden.» (…)

Zu den Bürgerwehren beruft er sich auf Gottfried Keller und hält dann fest, dass zur Feststellung eines Gedankengangs der ganze Zusammenhang gehöre und der habe gelautet, «dass wir im Freiamt Bürgerwehren bilden wollen, **‹damit unsere wehrhaften Söhne ohne etwas daheim gefährdet zu wissen, dort aushelfen können, wo Verachtung von Verfassung und Gesetz den Hosenlupf wagen will›.** Wo da die von Ihnen fettgedruckte Auffassung stecken soll, bleibt mir ein Rätsel. Unsere Soldaten führten es genau so aus und dafür gebührt ihnen der Dank und Sie, verehrter Herr Kollega, gehören ja selber auch zu diesen Schweizer Soldaten.» (Ende des Artikels)

«Meine Antwort auf die Note des Herrn Traugott M. Bruggisser»

Nun war Fischbach wieder am Zug; in der Ausgabe vom 3. Dezember nahm er Stellung, vorerst zum Vorwurf der Einmischung:

«Herr Bruggisser! Nicht mit einer einzigen Silbe habe ich in meinem ‹Offenen Wort› die Massnahmen, die Sie als Gemeindeammann für den 12. November getroffen hatten, erwähnt. Die Rechtsbelehrungen, die Sie mir […] geben wollen, sind also überflüssig und unangebracht, weil ich an den rein internen Gemeindeangelegenheiten von Wohlen absolut keine Kritik übte.»

Dann geht er ausführlich auf den Vorwurf ein, er sei für die verspätete Auslieferung des Aufrufs zur Gemeindeversammlung verantwortlich, indem er den Ablauf in der Druckerei, die Begegnung dort mit Bruggisser und die Auftragserteilung zum Druck schildert. «Wie ich einwandfrei beweisen kann, verlangten Sie in meiner Abwesenheit etwas nach 12 Uhr mittags den Druck der Zeddel, worauf diese nach Verfluss von kaum 50 Minuten fix und fertig waren und vertragen werden konnten. Bringen wir also die Zeit für den Satz in Berechnung, so ist die Bevölkerung nicht 1½ Stunden, sondern nicht mehr und nicht weniger als zwanzig Minuten zu spät alarmiert worden. […] Nachdem Sie es nun zu meinem grössten Erstaunen fertig gebracht haben, mich als den eigentlichen Urheber des Wirrwarrs zu bezeichnen, darf ich wohl von Ihnen erwarten, dass Sie der Leserschaft den Beweis für die Streikstörung erbringen, von der Sie reden. Besteht diese einzig in dem bekannten Schriftsetzer-Intermezzo [Anspielung auf die Angelegenheit «Bolschewiki» im «Fédéral»; der Verf.], dann erlasse ich Ihnen gerne die Arbeit, dann ist es nach meiner Ansicht gar nicht nötig, noch mehr Leute wissen zu lassen, warum man in Wohlen am heiteren hellen Mittag Sturm geläutet hat.»

Zum Thema «Wohlfahrtspartei»:

«Niemand bestreitet die Grosszügigkeit Ihrer politischen Programme. Nachdem Sie sich aber wundern, warum gerade ich nicht so-

fort nachgesprungen bin, als Sie sich auf den Bock schwangen und mit der Peitsche knallten, will ich Ihnen in aller Kürze die Gründe sagen. Ich bin einer von denen, die während den letzten vier Jahren eine stille, aber ernste politische Schulung durchgemacht haben. Wir haben viel gesehen, viel gehört und viel erlebt. Und darum konnten unser so viele so hübsch ruhig sein und gelassen bleiben an den Tagen, wo andere furchtbar aufgeregt waren.»

Dann weist Fischbach auf die grosse Zustimmung hin, die sein «Offenes Wort» überall, im ganzen Kanton, gefunden habe, und drückt seine Überzeugung aus, dass Bruggisser für seine Ideen in der freis.-demokratischen Partei Verständnis finden werde. «Nur müssen Sie nicht sofort nach Noten schreien, wenn ein Parteigenosse, der auch nicht ganz ohne Kopf einhergeht, nicht alle diese Ideen miteinander verschluckt. Was mir hauptsächlich über die Hutschnur ging, war das blinde Ausreissen einzelner unserer Führer. Dass einer, wenn er einmal Zugehöriger der freisinnigen Partei war, auch dann bei den alten Gegnern auf Misstrauen stösst, wenn er im guten Glauben eine Wohlfahrtspartei gründet, haben Sie in den letzten Tagen sattsam erfahren müssen. [...] Und so hoffe ich, Sie werden die Angriffe von rechts und links ohne Hilfe der Bürgerwehr abschlagen.[...] Ich weiss wohl, dass ich mich mit meiner Ansicht über die vielgenannten Bürgerwehren in Gegensatz zur Mehrheit des Freiämter Volkes stelle, allein das macht nichts, deswegen anerkenne ich die Gründe, die Sie und andere für diese Wehr anführen, gleichwohl nie und nimmer.»

Erstaunlich und – wenn man will – bewundernswert ist die Tatsache, dass die beiden trotz dieser scharfen Auseinandersetzung weiterhin zusammenarbeiteten, ja sogar 1923 gemeinsam das Präsidium der Freisinnig-demokratischen Kantonalpartei übernahmen. Das kam so:

1920 wurde in Brugg die Bauern- und Bürgerpartei (so hiess sie anfänglich) gegründet. Zum führenden Politiker wurde der Freiämter Dr. Roman Abt (Freund von Bruggisser und Fischbach!), der 1919 in den Nationalrat gewählt worden war. Die freisinnige Partei war in

dieser Zeit völlig zerstritten. Bruggisser schreibt von «endlosen Anödereien». Er schlug im Zentralvorstand das Vorortsystem vor; alle vier Jahre soll ein anderer Bezirk die Leitung übernehmen. Der Vorschlag fand Zustimmung und für den Bezirk Bremgarten übernahmen Bruggisser und Fischbach das Kopräsidium. «Wir hatten das beste Verhältnis unter uns und haben die Partei wieder zusammengekittet», so lautet Bruggissers Zeugnis im Rückblick. Als 1927 kein Bezirk für die Nachfolge bereit war, stimmten die beiden einer zweiten Amtszeit zu.

Eine andere Stimme: der Katholische Arbeiterverein Wohlen

Im «Wohler Anzeiger» vom 7. Dezember wird eingeladen zu einer Versammlung des Katholischen Arbeitervereins:

«Die Zeichen der Zeit. Über dieses Thema wird nächsten Sonntag (8. Dezember) Josef Stierli, Mitglied des Katholischen Arbeitervereins, referieren. Hoch gehen die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe. Die Not der breiten Massen des Volkes wird zusehends grösser. Nach den aufgeregten Tagen vom 12. bis 14. November, wo so viele den Schlotter bekommen haben, sucht man einerseits mit allerlei zweifelhaften Programmen die Gemüter zu beruhigen und einzuschläfern, anderseits predigt man mit erneuter Schärfe den Klassenkampf. Was will der Katholische Arbeiterverein als Glied des Zentral-Verbandes der Christlich-Sozialen der Schweiz? Nicht Klassenkampf, nicht Klassenhass, sondern Klassenversöhnung.»

IV. Ausblick

Allgemein

Der Landesstreik war gescheitert; die Gräben blieben offen. Über die mannigfachen Kurz- und Langzeitfolgen in Wirtschaft und Politik orientiert eine umfangreiche Literatur; darauf kann hier nicht eingegangen werden.

Immerhin sei festgehalten, dass der Streik eine Wende einleitete sowohl für die Politik der bürgerlichen Parteien wie auch für die Arbeiterbewegung, und dass von den 9 Forderungen, die 1918 als offizielle Streikziele verkündet worden waren, im Laufe der Jahrzehnte die meisten verwirklicht worden sind, zum Teil allerdings erst sehr spät.

Am 1. Januar 1920 trat das Gesetz zur Einführung der 48-Stunden-Woche in Kraft.
Am 6. Dezember 1925 stimmten die Stimmberechtigten dem Verfassungsartikel zur Einführung einer Alters-, Hinterlassenen- und Invaliditätsversicherung zu; verwirklicht wurde sie erst 1947.
1971 wurde die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten angenommen. (Wohlen lehnte mit 862 Ja gegen 891 Nein ab.)

Löhne in der Hutgeflechtindustrie

25. November 1918: Ein Reglement gibt dem Vorstand des Verbandes Aargauischer Hutgeflechtfabrikanten die Möglichkeit, eine Vereinheitlichung der Lohnansätze in der Industrie anzustreben.
5. August 1919: Der Verband bekommt die Kompetenz, mit den Arbeiterorganisationen Abkommen über Lohnansätze abzuschliessen.

12. November 1919: Mit 6:3 Stimmen wird beschlossen, den neuen Lohntarif ohne Mitwirkung von Arbeiterdelegierten aufzustellen.

Erst 1946 kam es zum Abschluss eines Vertrages, der den Gewerkschaften einheitliche Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, Anerkennung als Vertragspartner und die Garantie des Koalitionsrechtes brachte.[20]

Lokales

13. Dezember 1918: Die Firma Georges Meyer & Co. AG teilt mit, dass sie eine Anzahl Wohnungen für Arbeiter und Angestellte bauen lassen werde.

2. März 1919: Die Gemeindeversammlung beschliesst

- Bezug einer 1/2 Steuer zusätzlich;
- eine Teuerungszulage für alle Beamten und Angestellten von Fr. 600.–;
- den Einsatz einer Kommission zum Studium der Frage, ob und eventuell in welchem Umfang das Obligatorium der Krankenversicherung auf dem Boden der Gemeinde durchgeführt werden könnte mit Berechnung der für die Gemeinde sich ergebenden Lasten;
- den Einsatz einer Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse. Unter den 7 Mitgliedern finden sich Josef Stierli, Kondukteur (Christlichsozialer) und Robert Mäder, Schreiner (Sozialdemokrat).

15. Juni 1919: Versammlung der sozialpolitischen Vereine im Bezirk Bremgarten.

Bericht darüber in der «Freiämter Zeitung» vom 17. Juni:

«Trotz dem fast unerträglichen Sommerwetter füllte sich am letzten Sonntag nachmittag der geräumige Saal zur ‹Reussbrücke› (Bremgarten) fast bis auf den letzten Platz. Nach Bestellung des Tagesbureaus eröffnete der anwesende Arbeitermännerchor Neumün-

Oeffentliche Versammlung
der sozialpolitischen Vereine im Bezirk Bremgarten

Sonntag, den 15. Juni 1919, nachmittags 2 Uhr, im Saal zur „Reußbrücke" in Bremgarten.

1. Vortrag von Genosse Großrat W. Herzog, Holzarbeitersekretär, über:

„Zweck und Ziel der Arbeiterorganisation".

2. Gründung einer sozialdemokratischen Bezirkspartei.

Das Initiativkomitee.

ster Zürich mit einem feurigen Frühlingsliede die Versammlung. Hierauf ergriff Genosse Holzarbeitersekretär Herzog das Wort. In scharfen Zügen geisselte er die Ausbeutung der Arbeiter durch den modernen Kapitalismus und schilderte den Werdegang der neuen Weltreligion – des Sozialismus – von Marx und Engels, den Verfassern des Kommunistischen Manifestes, bis zur heutigen Stunde. Diese Idee, die noch vor 70 Jahren ein recht kümmerliches Dasein fristete, zieht heute im Siegeslauf mit Meilenstiefeln durch das Weltenall. Die Lehre, derer man einst spottete, ist heute eine Macht, die bereits den Wendepunkt eines Weltgeschickes auf des Messers Schneide stellt – Lenin oder Wilson. Und wer wird siegen? Versailles wird da die Antwort geben! – Zum Schlusse richtete er einen warmen Appell an die Anwesenden sich zusammenzuschliessen, denn nur durch einen engen Zusammenschluss geht's vorwärts und hinauf auf Menschheitshöhen.»

Zur Gründung einer sozialdemokratischen Bezirkspartei wurde eine Kommission eingesetzt. «Sobald sich der Bremgarter und Beriko-

ner sozialpolitische Verein taktisch über die Umgestaltung in sozialdemokratische Vereinigung ausgesprochen haben wird, soll dann sofort zur Gründung einer Bezirkspartei geschritten werden.»

Die neuen Kräfteverhältnisse

Regierungsratswahlen vom 7. Juli 1919: Nach einem heftigen Wahlkampf zwischen den Kandidaten Albert Studler, Landwirtschaftslehrer und Landwirt (unterstützt von Ultramontanen und Rechtsliberalen), und dem Sozialdemokraten Karl Killer, Lehrer, Baden, siegte der bürgerliche Kandidat, in Wohlen allerdings nicht.

Stimmen erhielten:

	Studler	Killer
im Kanton Aargau	24738	19458
im Bezirk Bremgarten	2246	1233
in Wohlen	313	350

Aus den ersten Proporzwahlen in den Nationalrat vom 23. Oktober 1919 ging die Sozialdemokratische Partei in Wohlen als zweitstärkste Partei hervor. Die Resultate:

Freisinnig-Demokratische Partei		
	194 Listen	2489 Kandidatenstimmen
Katholisch-Konservative Partei		
	343 Listen	4397 Kandidatenstimmen
Sozialdemokratische Partei		
	267 Listen	3321 Kandidatenstimmen
Bauernpartei		
	20 Listen	560 Kandidatenstimmen
Grütliverein		
	14 Listen	249 Kandidatenstimmen

1921: Die Angestellten der Gemeinde schliessen sich im «Platzverband» zusammen.

Drei Motionen der Sozialdemokraten – unentgeltliche Beerdigung, unentgeltliche Geburt und Drucklegung des Steuerbuches – werden an der Gemeindeversammlung vom Februar entgegengenommen; an der nächsten Gemeindeversammlung wird nur die Drucklegung des Steuerbuches gutgeheissen.

Eine grosse Anzahl von Genossen verliess aus Protest den Saal.

Die Gemeinde beschliesst den Bau von 6 Wohnhäusern.

1926: Mit Robert Mäder, Schreinermeister, wird der erste Vertreter der Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt, der sich nun aus 3 Freisinnigen, 3 Konservativen und 1 Sozialdemokraten zusammensetzt.

Anmerkungen

FZ für «Freiämter Zeitung»
GAW für Gemeindearchiv Wohlen
GR für Gemeinderat (Art. = Artikel, Protokollnummer)

[1] FZ vom 3. Dezember 1918
[2] Gautschi Willi, «Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953», Baden 1978, S. 204
[3] Jost H.-U., «Der historische Stellenwert des Landesstreiks», in: Gautschi Willi, «Der Landesstreik 1918», 3. Aufl., Zürich 1988
[4] Protokoll GR, Art. 2281 vom 11. Nov.
[5] Gautschi Willi, «Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953», S. 234
[6] Protokoll GR, Art. 2282 vom 12. Nov.
[7] Protokoll der ausserordentlichen Gemeindevers. vom 12. Nov.
[8] Protokoll GR, Art. 2283 vom 12. Nov.
[9] Protokoll GR, Art. 2284 vom 12. Nov.
[10] Protokoll GR, Art. 2287 vom 13. Nov.
[11] Protokoll GR, Art. 2288 vom 13. Nov.
[12] Bircher Eugen, «Lebensbild des Freundes, Bürgers und Rotariers Traugott M. Bruggisser», in: «Nachrufe», o. D. (Privatdruck)
[13] Spiess Kurt, «Felix Platten, Ein Schweizer Kommunist in Russland», in: «Tages-Anzeiger-Magazin» vom 28. Febr. 1976
[14] Protokoll GR, Art. 2289 vom 14. Nov.
[15] Protokoll GR, Art. 2291 vom 15. Nov.
[16] Mappe «Bürgerwehren», GAW
[17] FZ vom 26. Nov. 1918
[18] Heller Daniel, «Eugen Bircher, Arzt, Militär und Politiker», Zürich 1988, S. 63
[19] FZ vom 4. Febr. 1936
[20] Hohl Marcela, «Das Ringen um gerechte Arbeitsbedingungen und Löhne in Strohzeiten», Aarau 1991

Alle nicht mit Anmerkungsnummern versehenen zitierten Dokumente werden im GAW im Dossier «Generalstreik 1918/Bürgerwehren» aufbewahrt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

GAW Dossier «Generalstreik 1918/Bürgerwehren»
GAW Protokolle des Gemeinderates 1918
GAW Protokolle der Gemeindeversammlungen 1918
Bruggisser Traugott M., «Erinnerungen aus meinem Leben», 1942 (Mskr.)

Zeitungen

«Freiämter Zeitung», Jg. 1918 und 1919, GAW
«Wohler Anzeiger», Jg. 1918 und 1919, Archiv Kasimir Meyer AG, Wohlen

Literatur

– Bärlocher August und Hilfiker Hans, «Die Putschtage in Baden vom 9. bis 16. November 1918», 1918, Baden (o. J., 1918)
– Bruggisser Traugott M., «Nachrufe», 1943 (o. J., Privatdruck)
_ Gautschi Willi, «Der Landesstreik 1918», 3. Aufl., Zürich 1988
– Gautschi Willi, Dokumente zum Landesstreik 1918, Zürich 1971
– Gautschi Willi, «Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953», Baden 1978
– Greyerz Hans von, «Der Bundesstaat seit 1848», in: «Handbuch der Schweizer Geschichte», Band 2, Zürich 1977
– Heller Daniel, «Eugen Bircher, Arzt, Militär und Politiker», Zürich 1988

– Jost Hans-Ulrich, «Der historische Stellenwert des Landesstreiks», in: Gautschi Willi, «Der Landesstreik 1918», 3. Aufl., Zürich 1988
– Spiess Kurt, «Fritz Platten, ein Schweizer Kommunist in der Sowjetunion», «Tages-Anzeiger-Magazin», 28. Februar 1976
– Wohlen 1887–1987, «100 Jahre Handwerker- und Gewerbeverein Wohlen 1987», darin: Wohler Anton, «Der Erste Weltkrieg und der Generalstreik, historische Chronik», S. 61 ff.